

Vom Wesen des Krieges

Das Gefecht bei Tauberbischofsheim und der Deutsche Krieg von 1866 im nördlichen Württemberg

von DANIEL KUHN

Einleitung

Der Krieg von 1866 ist heute fast vergessen und findet häufig nur noch als Ereignis in der Vorgeschichte der deutschen Reichseinigung ein wenig Aufmerksamkeit. Dabei kennt Geschichte weder Unausweichlichkeit noch Determinismus, sie muss sich nicht zwangsläufig entsprechend der Perspektive der Nachgeborenen entwickeln. Zudem ist die in der älteren (ganz borussisch ausgerichteten) Militärgeschichte vertretene Position, wonach der Krieg von 1866 nur als Abfolge einzelner, eher unverbundener Feldzüge dargestellt worden war, die von großen Militärs durchgeführt und von weniger großen Politikern beauftragt worden waren, im Licht neuer Erkenntnisse und Quellenstudien kaum haltbar.¹ In diesem Beitrag wird deshalb die Perspektive der modernen Militärgeschichte eingenommen, die mit landesgeschichtlichen Aspekten verbunden werden soll, um damit insbesondere Fragen, die sich auf der Mikroebene der Betroffenen stellen, beantworten und damit ein historisch präziseres, ein besseres Verständnis des deutschen Krieges erhalten zu können.²

Nachdem im ersten Teil eine kurze Einordnung des Krieges von 1866 in die deutsche Geschichte erfolgt, zeigt der zweite Teil den politischen Stellenwert des Krieges im Kontext der württembergischen Landesgeschichte. Im dritten Teil wird zunächst das Gefecht von Tauberbischofsheim ereignisgeschichtlich dargestellt, das 1866 für das nördliche Württemberg von großer Bedeutung war und die Frage geklärt, warum dieses militärisch wenig bedeutsame Gefecht überhaupt stattgefunden hat. Im vierten Teil wird schließlich gezeigt, dass militärische Feldzüge und Kriege in ein enges Geflecht von militärischen, politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen eingebettet waren. Daher werden die Beziehungen zwischen der Zivilbevölkerung und den Soldaten sowie zwi-

1 Vgl z.B. aus preußischer Sicht Theodor *Fontane*: Der Deutsche Krieg von 1866, 3 Teile. München 1971 (ND).

2 Frank *Konersmann* (Hrsg.): Landes-, Regional- und Mikrogeschichte. Perspektiven für die Pfalz und ihre Nachbargebiete (= Veröffentlichungen der Pfälzischen Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften in Speyer 112). Speyer 2014. Sigurdur Gylfi *Magnusson*/Istvan M. *Sziarto*: What is microhistory? Theory and practice. London 2013.

schen aktiven Soldaten und durch Gewalt und Einquartierung betroffenen Zivilpersonen näher untersucht und an besonderen Einzelfällen aus dem heutigen Schwäbisch Hall geschildert, wie sich der Krieg von 1866 auch auf lokaler und regionaler Ebene auswirkte. Abschließend wird gezeigt, wie sich das Gedenken an diesen Krieg und dabei die Schlacht von Tauberbischofsheim manifestierte: In der Erinnerung der Lebenden und im politischen Gedenken bis zur Reichsgründung 1871 als die Ergebnisse des siegreichen deutsch-französischen Krieges schnell die Erinnerungen an die Auseinandersetzungen von 1866 überdeckten. Die quellengestützte Verbindung von Alltags-, Sozial- und Militärgeschichte anhand beispielhafter regionaler Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Schlacht von Tauberbischofsheim im Krieg von 1866 bildet das erkenntnisleitende Ziel dieses Beitrages.

I Preußisch-österreichischer Dualismus, der Deutsche Bund und der Deutsche Krieg von 1866

Die Vorgeschichte des Deutschen Krieges von 1866 liegt im preußisch-österreichischen Dualismus begründet, der bereits als Ergebnis des Siebenjährigen Krieges 1763 die Politik zunächst bis 1806 im Heiligen Römischen Reich und schließlich die Geschehnisse des Deutschen Bundes seit 1815 mitbestimmte.³ Der Deutsche Bund als Konstrukt des Wiener Kongresses war als Staatenbund der souveränen deutschen Einzelstaaten angelegt worden. Unklar war allerdings, was einen Staat dazu befähigte, dem Bund beitreten zu können, da auch nach heutigem Verständnis „ausländische“ Staaten wie Dänemark aufgrund persönlicher Beziehungen seiner Regenten eine Mitgliedschaft im Deutschen Bund erhielten.⁴ Die Grundlage des zunehmend konfliktgeladenen österreichisch-preußischen Dualismus war die innere Verfasstheit der beiden Staaten: Österreichs Vielvölkerstaat musste innenpolitische Divergenzen ausgleichen und war schon aufgrund seiner geographischen Größe, seiner verfassungspolitischen Tradition und der katholischen Prägung ein sehr komplexes Staatsgebilde. Preußen hingegen war ein junger Staat mit einer starken inneren Kohäsion, ausgeprägtem territorialen Expansionsdrang und einer seit dem Debakel von 1806 modernen politischen und militärischen Verfassung. Zwar kam es auch in Preußen, wie der Verfassungskonflikt⁵ belegt, zu innenpolitischen Auseinandersetzungen, die jedoch aufgrund der starken persönlichen Verbindung von Königshaus und Reichskanzler Otto von Bismarck in den Kriegen von 1864 und 1866 letztlich eine militä-

3 Vgl. Karl Otmar von Aretin: *Das Alte Reich 1648–1806*, Band 3: *Das Reich und der österreichisch-preußische Dualismus (1745–1806)*. Stuttgart 1997.

4 Eine grundlegende Übersicht bietet Wolf D. Gruner: *Der Deutsche Bund 1815–1866*. München 2010.

5 Jürgen Schlumbohm (Hrsg.): *Der Verfassungskonflikt in Preußen 1862–1866 (Historische Texte Neuzeit 10)*. Göttingen 1970.

risch erfolgreiche Lösung fanden, die es dem Kanzler zugleich ermöglichte, sich gegenüber dem preußischen Parlament durchzusetzen.

Im Deutsch-Dänischen Krieg⁶ führte 1864 der Deutsche Bund mit preußischen und österreichischen Truppen einen Feldzug gegen den dänischen König durch, der mit der Abtretung der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, da hier eine starke deutsche Bevölkerungsmehrheit ansässig war, für beide Protagonisten erfolgreich endete. Die Herzogtümer wurden als Kondominium gemeinsam verwaltet. Aufgrund von Streitigkeiten zwischen Österreich und Preußen, die auch durch die sogenannte Gasteiner Konvention⁷ nicht gelöst werden konnten, kam es schließlich zum offenen Konflikt zwischen Preußen und Österreich. An der Seite Österreichs stand das „Dritte Deutschland“, die beiden Hessen, Nassau, Baden und Württemberg sowie Bayern. Die Argumentation dieser Verbündeten war eine legalistische, weil Preußen durch seinen Einmarsch in die Herzogtümer im Juni 1866 die Bundesakte verletzte und zuvor eine Reform des Deutschen Bundes angestrebt hatte,⁸ die die Abschaffung der souveränen Rechte der deutschen Mittelstaaten und de facto einen Ausschluss Österreichs bedeutet hätte. Daher sahen sich die süddeutschen Staaten als Verteidiger der Bundesrechte⁹ und stellten sich – auch aufgrund der engen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Österreich – auf dessen Seite. Der Deutsche Bund verfügte über keine eigenen Truppen, sondern griff im Kriegsfall auf die Kontingente der einzelnen souveränen Staaten zurück.¹⁰ Schon seit 1859 war versucht worden, die Militärverfassung des Deutschen Bundes zu reformieren, vor allem einen einheitlichen Oberbefehlshaber aufzubauen, der im Kriegsfall aktiv agieren konnte. Der preußisch-österreichische Dualismus verhinderte dies freilich.¹¹ Ebenso konnten sich die Mittelstaaten Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg und Bayern nicht auf einen gemeinsamen Oberbefehl oder weitergehende Militärreformen einigen, wenngleich in den sogenannten Würzburger Konferenzen zwischen 1859 und 1864¹² erfolglos versucht worden war, eine gemeinsame Position zu erreichen.

6 Einen groben Überblick bietet Frank *Jung*: 1864. Der Krieg um Schleswig-Holstein, Flensburg 2014. Militärische Aspekte bei *Abtheilung für Kriegsgeschichte des Großen Generalstabes* (Hg.): Der Deutsch-Dänische Krieg 1864, 2 Bde. Berlin 1886/87.

7 John *Röhl*: Kriegsgefahr und Gasteiner Konvention. Bismarck, Eulenburg und die Vertagung des preußisch-österreichischen Krieges im Sommer 1865. In: Imanuel *Geiss* u. a. (Hg.): Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Düsseldorf 1973, S. 89–103.

8 Andreas *Kaernbach*: Bismarcks Konzept zur Reform des Deutschen Bundes. Zur Kontinuität der Politik Bismarcks und Preussens in der deutschen Frage (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 41). Göttingen 1991. Zugl. Univ. Diss. 1989 Bonn.

9 Vgl. zur Sicht Sachsens Jonas *Flöter*: Beust und die Reform des Deutschen Bundes 1850–1866. Sächsisch-mittelstaatliche Koalitionspolitik im Kontext der deutschen Frage. Wien u. a. 2001.

10 Vgl. allgemein Heinrich A. *Eckert*: Das deutsche Bundesheer. München 1835.

11 Vgl. Paul *Sauer*: Das württembergische Heer in der Zeit des Deutschen und des Norddeutschen Bundes (VKfgL B 5). Stuttgart 1958. Zugl. Univ. Diss. Freiburg 1958, S. 160–163.

12 [o. A.] Viel Feind viel Ehr'. Ein Blick auf die militärische Lage Deutschlands und die Resultate

Im Sommer 1866 standen sich die Kontingente folgendermaßen gegenüber: auf der einen Seite Österreich mit eigenen Truppen, die Truppen des Königreichs Hannover, das VIII. Bundeskorps mit vier Divisionen (Württemberg, Baden, Hessen, kombinierte Division mit Nassau und Österreich sowie Reserve-Kavallerie/Artillerie) und das VII. Bayerische Bundeskorps. Auf der anderen Seite die preußischen Truppen mit denen Sachsen-Coburg-Gothas, Oldenburgs, Bremens und Lippes. Im Verlauf konzentrierte sich die militärische Auseinandersetzung auf Böhmen, da sich hier die österreichischen Truppen mit dem Hauptkontingent der Preußen in der Schlacht von Königgrätz am 3. Juli trafen. Der Sieg der Preußen gegen die österreichischen Truppen entschied den Krieg. Schon zuvor, am 27. Juni 1866, gelang es den preußischen Truppen die Kräfte Hannovers bei Langensalza so vernichtend zu schlagen, dass das Königreich Hannover aus dem Krieg ausscheiden musste. Die preußischen Truppen wurden neu formiert, zusammengefasst und als preußisches VI. und VII. Armee Korps als Mainarmee über Thüringen (Gefechte bei Dermbach am 4. Juli) in Richtung Bayern (Schlacht bei Kissingen am 10. Juli) geführt. Schließlich kam es am 24. Juli 1866 bei Tauberbischofsheim zum Gefecht des VII. Bundeskorps, nach dessen Niederlage noch Kämpfe in Richtung Würzburg stattfanden, die am Ausgang des Krieges und dem Beginn der Vorfriedensverhandlungen von Nikolsburg nichts mehr änderten.¹³

II Der Krieg von 1866 aus württembergischer Perspektive

Die Positionen und die Möglichkeiten der württembergischen Politik 1866

Der 1864 auf den Thron gelangte König Karl von Württemberg¹⁴ war das, was man bereits unter Zeitgenossen einen „schwachen Monarchen“ nannte, der Regierungsgeschäften kaum systematisch und mit zunehmendem Alter eher ungern nachging und deshalb im Gegensatz zu seinem Vater Wilhelm I. kaum eigene politische Akzente setzte. Dementsprechend verfügte er wenig über realistische außenpolitische Vorstellungen. Daran änderte auch die Entlassung des Ministerpräsidenten Freiherr von Linden nichts, eines Vertrauten von König Wilhelm I.,

der Würzburger Konferenz. Von dem Verfasser der militärischen Betrachtungen über einige Erfahrungen des letzten Feldzuges. Darmstadt 1861.

13 Zum Verlauf des Mainfeldzugs vgl. Fridel Karl Friedrich *Baur-Breitenfeld*: Die Operationen des 8. Bundes-Corps im Feldzuge des Jahres 1866. Nach authentischen Quellen dargestellt. Darmstadt u. a. 1868, sowie Alexander *von Hessen*: Feldzugs-Journal des Oberbefehlshabers des 8ten deutschen Bundes-Armee-Corps im Feldzug des Jahres 1866 in Westdeutschland. Darmstadt und Leipzig 1867. Zum Krieg in Süddeutschland vgl. Emil *Knorr*: Der Feldzug des Jahres 1866 in West- und Süddeutschland, Bd. 3. Hamburg 1870, und *Sauer* (wie Anm. 11), S. 190–196, sowie Eberhard *Birk*: „Auf Euch ruht das Heil meines theuren Württemberg“! Das Gefecht bei Tauberbischofsheim am 24. Juli 1866 im Spiegel der württembergischen Heeresgeschichte des 19. Jahrhunderts. Norderstedt 2016, S. 60–76.

14 Zu König Karl Karl vgl. Paul *Sauer*: Regent mit mildem Zepter. König Karl von Württemberg. Stuttgart 1999.

und die Ernennung des Freiherrn von Varnbühler zum Nachfolger, die sich im Nachhinein als großer Erfolg herausstellte. Grundsätzlich blieben Württemberg, das man als Mittelmacht im Deutschen Bund bezeichnen kann, zunächst folgende außenpolitische Bündnisoptionen: die Hinwendung zu Preußen, die Hinwendung zu Österreich, die Gründung des „Dritten Deutschlands“ mit Bayern, Baden und den beiden Hessen als Gegengewicht sowie die enge Anlehnung an Frankreich. Politisch sakrosankt und unverhandelbar stand die Beibehaltung der eigenen württembergischen Souveränität über allem, jedoch zeigte sich zu Beginn der 1860er Jahre deutlich, dass sich Württemberg in etwaigen Konflikten positionieren musste, auch und gerade um seine (prekäre) Selbstständigkeit dauerhaft zu erhalten.

Die preußische Option schied völlig aus, diese galt sowohl in der Bevölkerung als auch auf politischer Ebene zunächst als unmöglich. Die Anlehnung an Österreich war die aus gesellschaftlichen, historischen und politischen Gründen die präferierte, bot Österreich mit seinem Vielvölkerstaat doch die Aussicht, selbst souverän bleiben zu können, aber durch das Kaiserreich vor potenziellen Gegnern, darunter auch Bayern, gesichert zu werden. Die schon damals realpolitisch eher illusorische Bildung eines „Dritten Deutschlands“, scheiterte denn auch trotz mehrfacher Anläufe an praktischen Problemen: Wer würde die Führung beanspruchen, konnte sich Württemberg gegen Bayern behaupten, versuchte Bayern Württemberg nicht doch zu majorisieren und schließlich seinem Territorium einzuverleiben – Gedanken, die man sich auch in Karlsruhe bezüglich der württembergischen Politik machte. Die Anlehnung an Frankreich schließlich, das als „weißer Ritter“ vor einer Übernahme Preußens hätte schützen können, brachte fast noch größere Probleme für Württemberg mit sich: Frankreich würde zwangsläufig eigene Interessen verfolgen, sich nicht auf eine Assoziierung beschränken und territoriale Annexion fordern, was Preußen sicher nicht zulassen würde, hier stand das Szenario des Deutsch-Französischen Krieges schon im Raum.

Da keine Alternative wirklich überzeugte, wechselte die württembergische Politik in den Jahren seit 1850 je nach politischem Umstand zwischen diesen Alternativen, allerdings ohne Aussicht auf einen besonderen Vorteil.

Der württembergische Ministerpräsident Freiherr von Varnbühler wertete diese Unentschiedenheit aber nicht als Nachteil, sondern versuchte, das Gute darin zu sehen: *In der Politik herrscht weder das absolut Böse noch das absolut Gute, sondern ein Mittelding zwischen beiden, das Opportune, welches ein kleines Übel zulässt, wenn dadurch einem größeren vorgebeugt wird.*¹⁵ Dass aber das Patt die beiden deutschen Großmächte nicht dauerhaft anhalten konnte und Württemberg seine – positiv formuliert – neutrale Haltung aufgeben musste, sah selbst Varnbühler: *Die sehr gespannte Lage der beiden Großstaaten zueinander*

15 Fritz Hellwag: Varnbühler und die deutsche Frage 1864–1866 (Darstellungen aus der Württembergischen Geschichte 25). Stuttgart 1935, S. 1–82, hier S. 23.

*hat mir den Gedanken nahegelegt, daß für den Fall eines Bruches die Mittelstaaten nicht passiv bleiben können, sondern sich über eine Aktion verständigen müssen.*¹⁶ Varnbühler blieb damit sich und der Generallinie der württembergischen Politik einerseits treu, andererseits muss ihm klar gewesen sein, dass eine neutrale Position nicht aufrechtzuerhalten war, denn er plädierte für eine gemeinsame Aktion der süddeutschen Staaten, für die *die Verabredung gemeinsamer, namentlich militärischer Maßregeln [als] geboten*¹⁷ erscheine. Warum sich Varnbühler letztlich für diese Variante entschied, bleibt unklar, zumal das Beispiel der Würzburger Konferenzen ja gezeigt hatte, wie gering der Wille der Staaten des „Dritten Deutschlands“ war, sich auch nur auf die grundlegenden Positionen zu verständigen. Allerdings spielten bei dieser Entscheidung auch politische Abwägungen eine Rolle, denn nicht nur Varnbühler befürchtete, dass eine Einigung der süddeutschen Staaten auf eine gemeinsame Heeresreform insbesondere Preußen verärgern könne und die *Mißstimmung zwischen den zwei Großmächten [...] verstärken*¹⁸ könnte.

Trotz dieser Ausgangslage betrieb Varnbühler im Frühjahr 1866 einen konfrontativen Kurs. Unter Hinweis auf die Neutralität und die Unentschlossenheit äußerte er sich unerwartet deutlich. So sagte er dem preußischen Gesandten Graf Canitz bereits im Frühjahr 1866, *daß, wenn in der Frage der Elbherzogtümer ein Bruch zwischen Preußen und Österreich entstehen sollte, die Mittelstaaten auf Seiten der Macht sich stellen würden, welche den Bund in seinen Rechten zu verteidigen bereit sein werde.* Graf Canitz fügt dem Bericht von sich aus hinzu, es sei klar, mit wem Württemberg gehen werde, *da Österreich jedenfalls, wenn es sich wirklich zum Kriege entschließt, nicht unterlassen wird, sich als Beschützer des Bundes hinzustellen.*¹⁹

Die Kernfrage des Deutschen Bundes war, ob sich Preußen oder Österreich oder beide Länder durch ihre fortgesetzten Konfrontationen in Schleswig und Holstein außerhalb des Bundesrechts gestellt hatten. Aus Sicht der süddeutschen Staaten war Preußen offensichtlich der Aggressor, dem Einhalt geboten werden musste. Formal sollte von der Bundesversammlung die Verletzung der Bundesverfassung durch Preußen festgestellt werden, die verbliebenen Bundesstaaten dann an die Seite Österreichs treten und mit ihren Bundestruppen den ursprünglichen Zustand im Deutschen Bund und den beiden Herzogtümern wiederherstellen. Allein, so einfach war die rechtliche Bewertung nicht, denn zum einen war gegen die preußische Übermacht im Deutschen Bund kaum ein Mittel vorhanden, und auch Österreich verletzte nach Ansicht Preußens durch sein Handeln im Norden die Bundesverfassung. Dennoch entschieden sich die süddeutschen Staaten im Juni 1866 formal zur Beteiligung am Feldzug Österreichs.

16 Ebd., S. 23.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 14.

19 Ebd., S. 27.

Es ist eigentümlich, dass die eigentlich nüchterne, dem Realpolitischen zugewandte württembergische Politik auf der Einhaltung des Rechtes bestand, obwohl gewichtige machtpolitische und militärische Argumente dagegen sprachen. Es ist wohl ein Erbe des Alten Reiches, das mit seiner komplexen Rechtsordnung und seinem Institutionengefüge auch die kleinen Territorien vor dem Zugriff Dritter schützte. Insofern ist es konsequent, wenn Varnbühler die legalistische Position des Deutschen Bundes vertrat. Allein, auch Varnbühler erkannte, „daß in dergleichen politischen Fragen zuletzt die Macht und nicht das Recht entscheidet“.²⁰ Wie wenig das Recht im Zeitalter der Nationalstaaten noch galt, zeigt ein Blick auf drei Daten: Am 10. Juni 1866 appellierte Österreich an den Deutschen Bund zur Exekution, am 14. Juni 1866 erklärte Preußen den Deutschen Bund für erledigt, einen Tag später treten die süddeutschen Staaten formal auf die Seite Österreichs. Am Ende behielt also Varnbühler Recht, die Macht beugte das Recht.²¹

Kriegsbegeisterung in Württemberg

Allerdings war der Kriegseintritt Württembergs keine einsame Entscheidung der Regierung und des Monarchen, sondern entsprach durchaus der Stimmung im Königreich. Denn im Laufe des Frühjahrs war die antipreußische Stimmung deutlich gewachsen, so dass Varnbühlers am 4. Juni in der Sitzung der Zweiten Kammer des württembergischen Landtages den Preußen entgegengebrachtes *Vae Victis*²² durchaus einem von der Mehrheit der Einwohner geteilten Gefühl Ausdruck verlieh. „Jedem der es hören wollte, erzählte der Minister von dem vierzehntägigen militärischen Spaziergang nach Berlin. Und das Sonderbare war, daß fast das ganze Land diese Parole aufgriff, und daß selbst die württembergischen Angehörigen des Nationalvereins [also die Befürworter der kleindeutschen Lösung] zerknirscht an diese Kriegspromenade bis unter die Linden von Berlin glaubten“.²³ Selbst die militärischen Befehlshaber waren nicht frei von dieser Einstellung, so berichtet der württembergische Major Albert von Suckow in seinen später veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen vom 3. Mai 1866 davon, dass *man bei uns blind und fanatisch in den Krieg mit Preußen [treibt], die Bevölkerung wird mit allen erdenklichen Lügen gegen dasselbe aufgehetzt, man spricht mit Verachtung von seinen militärischen Einrichtungen und sprengt fabelhafte Zahlen über die österreichische Armee aus, für welche der Marsch nach Berlin nur Spaziergang sein wird.*²⁴ Es erstaunt im Rückblick, dass man sich in Württemberg reale Siegchancen ausrechnete, bestand die Ar-

20 Ebd., S. 14.

21 Hellwag (wie Anm. 15), S. 63.

22 Sauer (wie Anm. 11), S. 188.

23 Ebd., S. 186.

24 Wilhelm Busch (Hg.): Rückschau des Königlich Württembergischen Generals der Infanterie und Kriegsministers Albert von Suckow. Tübingen 1909. S. 78.

mee doch gerade einmal aus zwei Divisionen, die weder über Kampferfahrung wie die im Krieg gegen Schleswig-Holstein erprobten preußischen Truppen verfügten noch in einer guten Verfassung waren, was im Übrigen für sämtliche damaligen militärischen Einrichtungen Württembergs galt. Albert von Suckow verfolgt in seinen Tagebüchern natürlich seine eigene Sicht der Dinge, so dass die folgende von ihm erwähnte Anekdote nicht wahr zu sein braucht, sie schildert aber, nach allem was die Quellen belegen, sehr gut die herrschende Stimmung am 10. Mai 1866 in Württemberg, dem Tag der Mobilmachung: *Vorhin war der Finanzminister bei mir und fragte mich, wohin er den Staatsschatz flüchten solle, ich sagte ihm, entweder nach Ulm oder auf den Hohentwiel. Hier unterbrach ihn Kallee mit den Worten: „Entschuldigen Exzellenz, auf dem Hohentwiel ist halbwegs ein Wirtshaus und oben eine Ruine“. Darauf erwidert Hardegg: „Ah so, ich glaubte, es sei eine Festung.“*²⁵ Der Landtag dagegen trat erst am 23. Mai zusammen, um über die Gelder für die Rüstung zu entscheiden²⁶ und debattierte dann über die Einrichtung eines Milizwesens statt über die Mobilisierung des aktiven Heeres, das man zur Kriegführung ja überhaupt erst ermächtigen wollte.²⁷

Das Vertrauen in einen militärischen Sieg beruhte damit vor allem auf der positiven Einschätzung der militärischen Leistungsfähigkeit Österreichs. Dabei überschätzte man die Anzahl der Mobilisierten dramatisch und übersah die taktischen und politischen Probleme, u. a. die Suche nach einem geeigneten und politisch durchsetzbaren Kommandeur, die logistischen Schwierigkeiten der erforderlichen, schnellen Verlegung der österreichischen Truppen von Italien nach Böhmen sowie die Notwendigkeit der Zurückhaltung von Truppen zur Sicherung der österreichisch-italienischen Grenze. Ausdruck dieser fehlgeleiteten, unrealistischen Stimmung ist wieder eine Tagebuchnotiz von Suckow, nach der *die Königin Mutter Pauline von Württemberg, welcher ich heute, wo sie mich empfing, meine Bedenken über den Ausgang dieses Kriegs für uns nicht vorenthalten konnte.* Als dabei auch über die Siegesaussichten gesprochen wurde, *sagte [sie, Königin Pauline von Württemberg, D.K.] mit Lebhaftigkeit zu mir: „Herr Major, ich habe soeben von meinem Bruder dem Herzog Alexander einen Brief aus Wien erhalten, daß die österreichische Armee 800 000 Mann stark an der preußischen Grenze steht“.*²⁸ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Mobilisierung der österreichischen Armee noch nicht einmal begonnen, geschweige denn, dass so viele Soldaten schon an der österreichisch-preußischen Grenze gestanden wären. Zudem betrug die Truppenstärke der österreichischen Nordarmee kaum mehr als

25 Ebd., S. 80.

26 Sauer (wie Anm. 11), S. 187.

27 Ebd.

28 Suckow (wie Anm. 24), S. 83.

rund 220 000 Soldaten, die Bundestruppen mit Österreich brachten es insgesamt gerade einmal auf knapp 600 000 Soldaten.²⁹

Trotz der Kriegsbegeisterung in den höheren gesellschaftlichen Schichten, gab es durchaus kritische Stimmen. Die Tauberzeitung warnte in Form eines Gedichts schon am 5. Juni 1866: *Eh' noch die Kugel kommt ins Rollen, / Ihr hohen Herrn, bedenkt, bedenkt! / Wenn erst des Unheils Mächte grollen, / Ist's eure Macht nicht, die die lenkt / Ihr spielt mit Feuerbränden, / Bis aus der Gluth die Flammen bricht: / Den Anfang wohl habt Ihr in den Händen, / Das Ende doch, das wißt Ihr nicht.*³⁰ Gehör fanden solche Warnungen freilich nicht.

Kriegsentscheidung und Friedensverhandlungen

Mit Begeisterung alleine ist kein Krieg zu gewinnen, der Krieg brachte dann auch eine andere als die erwartete und zudem eine sehr schnelle Entscheidung, denn: „Seit Monaten hatte der Krieg im Mittelpunkt aller Hoffnungen und Befürchtungen, aller Beratungen und Maßnahmen gestanden. Jetzt war er ausgebrochen, ehe man sichs versah. Und bevor man recht zur Besinnung gekommen war, war er auch wieder vorüber.“³¹ Der schnelle Sieg Preußens und das nach der Schlacht von Königgrätz nicht mehr aktiv intervenierende Österreich führten zu einer starken Bedrohung Württembergs, plante Bismarck doch nach Aussage des französischen Botschafters Damrémont, „eine militärische und diplomatische Mediatisierung der kleineren und mittleren deutschen Staaten [und damit auch die Württembergs] zu erwirken“.³² Allerdings fürchtete Varnbühler sich vor diesem Szenario nicht, sah er doch in Frankreich eher den Beschützer der württembergischen Interessen. Allein aus Selbstschutz würde Frankreich seine Politik seit den Kriegen der Französischen Revolution aufrechterhalten und die Souveränität Badens, Württembergs und Bayerns als Teil eines Sicherheitsgürtels gegenüber den durch den gerade gewonnenen Krieg umso mehr gesteigerten Ansprüchen Preußens durchsetzen. So schreibt Varnbühler nach der Schlacht von Königgrätz: *Wir haben eine vortreffliche Stellung in Wien [...] eine nicht minder gute in [Sankt] Petersburg und stehen gut in München, mit letzterem natürlich nur soweit, als dasselbe nicht Vorteile auf unsere Kosten erlangen kann.*³³ Notfalls könne Württemberg, so Varnbühler weiter, sich ja noch immer in die Arme Frankreichs flüchten oder mit Baden und Bayern einen Dreibund gründen. Dass diesen Plänen auch schon vor 1866 kein Erfolg beschieden war, scheint ihn

29 Eric Dorn *Brose*: German History 1789–1871. From the Holy Roman Empire to the Bismarckian Reich. Providence 1997, S. 342.

30 Hartwig *Behr*: Lazarette (Feldspitale) in Mergentheim 1866. In: *Geschichtswerkstatt Bad Mergentheim* (Hg.): Geschichte(n) aus Bad Mergentheim. Schwerpunkt Gesundheitswesen. Bad Mergentheim 2015, S. 71–82, hier S. 71.

31 *Hellwag* (wie Anm. 15), S. 68. Vgl. auch *Sauer* (wie Anm. 11), S. 188.

32 *Hellwag* (wie Anm. 15), S. 59.

33 Ebd., S. 66.

dabei nicht abgeschreckt zu haben. Er beharrte vielmehr fest auf seiner Sicht, denn *entweder [komme] ein Krieg Preußens gegen Frankreich und Österreich oder ein Waffenstillstand unter Bedingungen, welche für die bundestreuern Regierungen nicht ungünstig sein können*³⁴ in Betracht.

Außerdem hoffte die württembergische Regierung auf einen schnellen Abschluss eines Friedensvertrages zwischen Österreich und Frankreich, weil man davon ausging, dass Frankreich Forderungen auf Mainz, die linksrheinische Pfalz oder sogar noch weitere Gebiete stellen könnte.³⁵ Varnbühler spekulierte daher darauf, dass Bismarck die süddeutschen Staaten durch die Garantie ihrer Souveränität auf seine Seite zu ziehen versuchte. Gleichzeitig hielt man die legalistische Perspektive aufrecht, denn die württembergische Regierung habe *lediglich für die Aufrechterhaltung des Bundesfriedens und des Bundesrechts sowie für die Wahrung der bedrohten Selbstständigkeit ihrer Bundesgenossen am Kampfe gegen Preußen sich beteiligt und hierfür die größten Opfer gebracht*³⁶. Nach dem berühmten Pfeifen im Walde klingt es dagegen, wenn Varnbühler den neuen politischen Realitäten Positives abgewinnen kann, so werde *das Maß der politischen Freiheit höher bemessen sein als in dem großen Bunde, weil die Anforderungen der Demokratie im Süden weit größer sind als im Norden, sodaß das Prinzip der Autorität im süddeutschen Bund mehr gefährdet sein wird als im norddeutschen*.³⁷

Die Realität der Friedensverhandlungen sah jedoch anders aus. Württemberg, Baden und Bayern wirkten formal nicht an den Entscheidungen mit, Berlin war an einem schnellen Abschluss der Verhandlungen interessiert, während Österreich kaum ein eigenes politisches Programm verfolgte – zu komplex waren die innenpolitischen Probleme und die Herausforderungen an den südöstlichen Grenzen des Habsburgerreiches.

Auch innenpolitisch hatte Württemberg kaum mehr Optionen. Mit Preußen ging die Regierung ein bis 1867 geheimes Schutz- und Trutzbündnis³⁸ ein, das zum einen wirkungsvoll die Gründung eines süddeutschen Bundes verhinderte, zudem Württemberg stärker an Preußen band und einen Schritt hin zur Reichseinkreisung bildete. Hinzu kam die militärische Modernisierung der württembergischen Armee unter preußischen Bedingungen. War die Heeresreform in den Würzburger Konferenzen gescheitert, orientierte sich die württembergische Armee nun in Ausbildung, Ausrüstung und Rekrutierung, hier vor allem mit der Abschaffung

34 Ebd., S. 68.

35 Ebd., S. 75.

36 Ebd., S. 70.

37 Ebd., S. 74.

38 Karl Moersch: Für und gegen Preußen. Württembergische Demokraten und Deutsche Partei zwischen 1866 und 1870. In: Bert Schlatterer (Hg.): 120 Jahre Verein der Württemberger zu Berlin e.V. 1869–1989. Geschichte und Umfeld. Berlin 1989. S. 29–36.

des Einstellerwesens,³⁹ an den preußischen Gegebenheiten.⁴⁰ Zwar steht durchaus in der Diskussion, ob die Heeresreform tatsächlich erfolgreich war und ob der preußische Einfluss in diesen Maßnahmen nicht überschätzt wird, insgesamt lässt sich aber festhalten, dass sich der Staat Württemberg lange vor 1871 in die preußischen Strukturen integrierte und zumindest die Voraussetzungen für einen Beitritt in ein wie auch immer geartetes „Deutsches Reich“ schuf.

Die politische Stimmung nach dem Krieg von 1866

Die politische Stimmung änderte sich in Württemberg zwischen 1866 und 1869 diametral. War vor dem Krieg eine Mehrheit gegen die kleindeutsche Lösung, wurde der Protest dagegen immer kleiner, bis er nach 1869 schließlich ganz aufhörte. Allerdings gingen damit große öffentliche Diskussionen einher, eine geradlinige Entwicklung vom Krieg 1866 bis zur Reichseinigung 1871 gab es nicht, denn dazu war die Gesellschaft politisch zu stark gespalten. Eine immer stärker werdende Gruppe bildeten diejenigen, die sich auf der Seite Preußens sahen und einen starken, wehrhaften Staat mit dem Protestantismus als Fortsetzung württembergischer Politik wünschten. Ihnen erschien *der preußische Vormarsch, weil den protestantischen Namen tragend im Zeichen der göttlichen Vorsehung*⁴¹ stehend. Ihre Vertreter wünschten eine *aufrichtige Waffenbrüderschaft mit dem preußischen Volke*.⁴² Sie waren damit die Vertreter der Realpolitik, die sich den Gegebenheiten fügten. Die schnell an Einfluss verlierenden Vertreter der großdeutschen Lösung argumentierten dagegen historisch, die Beziehungen Württembergs zu Österreich seien gut gewesen, das ferne Wien hatte sich nie sonderlich für die Belange der süddeutschen Staaten interessiert, so dass im Schatten des Großreichs eine eigenständige württembergische Politik möglich werde. Dabei übersahen sie allerdings, dass sich das politische System seit Napoleon grundlegend gewandelt hatte und die großdeutsche Lösung eine Politikoption des späten 18. Jahrhunderts gewesen war. Einen Beleg, dass die Befürworter der kleindeutschen Lösung vergleichsweise schnell an Bedeutung gewannen, liefert die Tatsache, dass die Deutsche Partei schon bald nach dem Krieg rund ein Viertel der abgegebenen Stimmen der Landtagswahl erringen konnte, 1868 kam es in mehreren Orten zu Vereinsgründungen zugunsten der „nationalen Sache“.⁴³ 1870 gewann die Deutsche Partei die Landtagswahlen, so dass die Begeisterung der Bevölkerung 1871 für die Gründung des Deutschen Reiches nicht so überraschend kam, wie mancher Zeitgenosse behauptete. Auf

39 Das Einstellerwesen ermöglichte, die Militärpflichtigkeit zu umgehen, indem ein Rekrutierter einen Geldbetrag zur Bezahlung eines „Einstellers“ leisten und sich somit von der Wehrpflicht freikaufen konnte. Vgl. dazu *Sauer* (wie Anm. 11), S. 182 f.

40 Vgl. dazu v. a. ebd., S. 212–222.

41 *Moersch* (wie Anm. 38), S. 31.

42 Ebd., S. 33.

43 Ebd., S. 32.

der Seite der politischen Utopie stand schließlich ohne Zweifel der Vertreter der Demokraten, Ludwig Pfau.⁴⁴ Er forderte die Schaffung eines Parlaments, die Einführung des konstitutionellen Prinzips und die „Organisation der Volkskraft“⁴⁵ in einem Milizheer nach Schweizer Vorbild, mithin nichts weniger als den modernen Verfassungsstaat⁴⁶ und die „Vereinigten Staaten von Europa“,⁴⁷ die letztlich zur Kriegsvermeidung und Friedenssicherung dienen sollten. Der Nationalstaat sei daher überholt – eine bemerkenswerte und weitsichtige Aussage, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg politische Wirklichkeit werden sollte – und eine Integration Württembergs in einen deutschen Nationalstaat nicht notwendig. Die geschickte Realpolitik Bismarcks mit einer nachdrücklich angebotenen, aber nicht offensiv geforderten wirtschaftlichen, militärischen⁴⁸ und politischen Einigung hatte diese politischen Vorstellungen überholt, auch wenn Georg Herwegh 1871 noch schrieb und viele Württemberger diese Sicht durchaus teilen mochten: *Der schlimmste Feind steht an der Spree.*⁴⁹

III Das Gefecht bei Tauberbischofsheim

Verlauf der Schlacht

Militärisch kaum von Gewicht ist das Gefecht beim heutigen Tauberbischofsheim (damals Bischofsheim) am 24. Juli, das einzige Gefecht mit württembergischer Beteiligung im Krieg von 1866. Der Krieg fand an drei Fronten statt: Die Hauptkontingente der Österreicher und Preußen hatten sich am 3. Juli 1866 in Königgrätz getroffen, militärisch ging die Schlacht unentschieden aus, der Rückzug der österreichischen Truppen wurde aber als Niederlage angesehen, zumal die österreichische Führung an einem weiteren Zusammentreffen kein Interesse hatte und sich anderen Schauplätzen zuwenden wollte. An der zweiten Front kämpften die Hannoveraner Truppen gegen einen kleineren Teil der preußischen Truppen. Am 27. Juni kam es bei Langensalza zur Schlacht, die mit einem überwältigenden Sieg der preußischen Truppen endete. Die letzten verbliebenen Bundestruppen waren nun das VII. Bayerische und das VIII. Bundeskorps, das aus zwei Divisionen württembergischer Truppen und je einer Division hessischer bzw. badischer Truppen bestand. Die bayerischen Truppen operierten im nördlichen Bayern, nahe der Grenze zu Thüringen, die württembergischen Truppen sollten den Vormarsch der preußischen Truppen über den Main stoppen und

44 Ebd., S. 31.

45 Ebd.

46 Ebd., S. 32.

47 Ebd.

48 Sauer (wie Anm. 11), S. 212 f.

49 Moersch (wie Anm. 38), S. 33.



*Kolorierter Druck des Gefechts bei Tauberbischofsheim
(Bild: HStAS, im Internet LEO-BW)*

Frankfurt bzw. Würzburg sichern. Nach der Schlacht von Langensalza war der Weg für die preußischen Truppen durch Mitteldeutschland frei.

Als außerordentlich hinderlich erwies es sich nun, dass es keinen einheitlichen Oberbefehl über die Bundestruppen gab, so dass das bayerische VII. Bundeskorps unabhängig vom VIII. operierte. Ziel der bayerischen Führung war es, den preußischen Vormarsch in Nordostbayern bei Kissingen aufzuhalten, während das VIII. Bundeskorps den Main nicht aufgeben wollte. Nachdem die preußischen Truppen in der Folge zwischen die beiden Bundeskorps stießen, kam es am 24. Juli 1866 zum Gefecht bei Tauberbischofsheim. Dabei wollten die preußischen Truppen den Main überschreiten und vor allem Würzburg einnehmen. Aufgrund topographischer Gegebenheiten und militärischer Überlegungen bot sich die Einnahme von Tauberbischofsheim an.

Über den Verlauf des Gefechts⁵⁰ sind wir durch den Oberbefehlshaber des VIII. Bundeskorps, den Prinzen Alexander von Hessen, recht gut unterrichtet. So

50 Vgl. J. G. Zöller: Die Gefechte bei Hundheim, Tauberbischofsheim und Werbach am 23. und 24.

schrieb er – allerdings in apologetischer Absicht – nach dem Krieg von 1866 ein Feldzugsjournal, in dem er seine Entscheidungen begründete und den Feldzug eingehend beschrieb.

Nach Alexanders Bericht begannen die ersten Kämpfe am 23. Juli als sich gegen 3 Uhr nachmittags *eine feindliche Kolonne* [preußischer Truppen] *im Anmarsch von Miltenberg*⁵¹ befand und auch aus Hartheim Feindkontakt gemeldet wurde. Alexander gab der hessischen und badischen Division den Befehl, diese Kontingente anzugreifen. Im Gefecht bei Hundheim⁵² behielten die badischen Reitertruppen zwar knapp die Oberhand – der Kommandeur der badischen Division, Prinz Wilhelm von Baden, verlangte zusätzlich den Einsatz einer Brigade, um *den Feind nach hartnäckigem Kampfe*⁵³ zurückzuwerfen⁵⁴ –, verloren aber in diesem Gefecht insgesamt drei Offiziere und zwölf Mann, drei Offiziere und 53 Mannschaften waren verwundet und ebenfalls 53 Soldaten wurden vermisst.⁵⁵ Gemessen an der strategischen Bedeutungslosigkeit des Kampfes müssen diese Zahlen als hohe Verluste gewertet werden, die wenig Gutes verhießen, zumal der Einsatz die beteiligten Divisionen geschwächt und überhaupt keinen Vorteil gebracht hatte.

Auch sind an der Darstellung von Hessens Zweifel angebracht, weil bereits am 19. Juli, also vier Tage vor der ersten Truppensichtung, per Telegramm durch einen Oberst Wilkens gemeldet worden war, dass *von Obernburg kommt* [die Nachricht, dass] *die Preußen daselbst mit zehntausend Mann und 28 Geschützen eingerückt sind. Jenseits des Maines stehen die Preußen 2 Stunden entfernt*.⁵⁶ Selbst wenn man diesen Bericht als falsch oder unzutreffend einstuft, konnte die Führung doch die preußischen Reiter erwarten, auch wenn die Telegrafestation Tauber-Bischofsheim am folgenden Tag meldete: *Hier alles in Ordnung*⁵⁷ mussten doch Zweifel angebracht sein und diese Aussage nur für den Moment gelten.

Dieses Treffen war der Auftakt für das Gefecht. Am folgenden Tag trafen die Hauptkontingente der preußischen Truppen am Tauberufer ein, die Korps des

Juli 1866. Tauberbischofsheim 1896. S. 86–113, der vor allem die Schäden in Tauberbischofsheim beschreibt. Zur Bewertung aus militärischer Sicht *Birk* (wie Anm. 13), S. 70–94.

51 *Hessen* (wie Anm. 13), S. 18.

52 Vgl. dazu *Zöller* (wie Anm. 50), S. 68–76.

53 *Hessen* (wie Anm. 13), S. 18.

54 Der Befehl wurde erteilt, dann aber zurückgenommen: *Morgens 8 Uhr wurde Allarm geschlagen und die ganze 3te Brigade rückt 3–4 Stunden auf ein Plateau bei Kilsheim vor. Ich hatte wieder wie gewöhnlich die Vorhut, u[nd] nahm vor einer Kapelle Stellung; es entspann sich 1 Stunde vorwärts ein Gefecht mit 3 badischen Batt[er]ien gegen Preussen wir sahn und hörten jeden Kanonen- und Flintenschuß. Ich hatte bereits Befehl mit meinen Bat[er]ien u[nd] Geschützen ihnen zu Hilfe zu eilen, kaum war ich aber ¼ Stunde Wegs vorwärts, als Gegenbefehl eintraf, u[nd] ich zum großen Verdruß meiner Leute wieder in meine alte Stellung zurück mußte.* HStAS Q 2/39.

55 *Hessen* (wie Anm. 13), S. 18: *Im ganzen 6 Officiere und 118 Mann.*

56 HStAS E 299 Bü 62, 125.

57 *Ebd.*, 138.



*Zeitgenössischer Stich vom Gefecht bei Tauberbischofsheim
(Bild: HStAS, im Internet LEO-BW)*

VIII. Bundeskorps marschierten *in Gefechtsstellung an dem rechten Ufer der Tauber*⁵⁸ auf, während ein bei Neukirchen gemachter preußischer Gefangener berichtete, dass die *Preußen heute in Colonnen gegen Neukirchen und Hardheim* vorrücken würden. *Der Operationsplan für heute besagte: „das Armeekorps sammelt sich in einer concentirten Stellung, um bereit zu sein, entweder dem von Waldürn und Miltenberg vorrückenden Feinde entgegenzutreten [...]. In der Stellung auf dem rechten Tauberufer ist die 1ste Division als Vorhut, die 2te und 4te als das Schlachtcorps, die 3te als Reserve zu betrachten – Von der königlich bayerischen Armee wird eine Division gegen Wertheim, eine Reiterbrigade gegen Altherheim disponiert.“*⁵⁹ Dies wurde auch so ausgeführt, wie ein Brief des württembergischen Offiziers Hermann von Rampacher an seine Frau aus der Stellung (*in einem Hohlweg*) heraus belegt: *Heute früh 5 Uhr setzte sich die gesammte Kolonne wieder in Bewegung um rückwärts auf dem rechten Tauberufer eine starke Stellung zu beziehen. Da ich natürlich wieder die Nachhut habe so size ich hier auf dem linken Ufer u[nd] muß den Aufmarsch der ge-*

58 *Hessen* (wie Anm. 13), S. 18.

59 *Ebd.*, S. 18.

samnten Württ[embergischen] Division über die Tauber decken u[nd] dann erst die Brücke passieren.⁶⁰ Nachdem sich auch die preußischen Truppen aufgestellt hatten, begannen die Kämpfe um Impfingen, Bischofsheim, Hochhausen und Werbach.⁶¹ Dabei besetzte die preußische Infanterie *die wallartige Promenade am linken Tauberufer und die benachbarten Häuser, von welcher gedeckten Stellung aus sie ein mörderisches Feuer unterhielt. Gleichzeitig beschloß uns die feindliche Artillerie aus zwei Positionen, und ihre Granaten reichten bis in das zweite Treffen der Württemberger. Leider gelang es erst nach geraumer Zeit, die feindliche Infanterie, welche den Uferdamm besetzt hielt und [...] große Verluste beibrachte, zurückzudrängen. Denn als endlich die ersten Granaten das feindliche Infanteriefeuer zum Schweigen brachten und die stark besetzten Häuser in Brand schossen, da war der Sturm [...] auf die Tauberbrücke bereits abgeschlagen. [...] Das Gefecht währte bei Tauberbischofsheim bis halb 8 Uhr Abends.* Als Ergebnis des Gefechts hielt der Oberbefehlshaber fest, *das rechte Ufer der Tauber blieb in unseren Händen*, bezahlt wurde dies mit dem *heutige[n] Verlust der württembergischen Armee[, dieser] betrug 6 Officiere und 54 Mann todt, 19 Officiere und 433 Mann verwundet, 2 Officere und 176 Mann vermißt. Der Verlust der badischen Division betrug: 7 Mann todt, 1 Officier und 59 Mann verwundet, 3 Mann gefangen und 13 Mann vermißt.* Das Ergebnis des Gefechts war also bescheiden, im besten Fall waren die preußischen Truppen aufgehalten worden bzw. das Gefecht noch nicht endgültig entschieden, erst der folgende Tag sollte Klarheit bringen.

Allerdings gab es beunruhigende Nachrichten: Da das VIII. Bundeskorps in seinen Divisionen nach Staaten organisiert war, waren die Divisionskommandeure jeweils Angehörige der regierenden Häuser. Zwischen dem Oberbefehlshaber Alexander von Hessen und seinen drei Divisionskommandanten gab es keine einheitliche Führung. So führte der badische Prinz Karl seine Truppen über Wenkheim, wie ein Bote dem Oberbefehlshaber berichtete. Dies hieß aber nichts Anderes, als dass sich die badischen Truppen vom Gefechtsort entfernten und faktisch den Rückzug angetreten hatten. Lakonisch schreibt Alexander von Hessen: *Ich gab nun den Befehl, über Gerchsheim der 2ten Division nachzureiten und sie anzuhalten.* Aber allein der Umstand, dass sich Teile des Armeekorps ohne Rücksprache zurückzogen, spricht Bände über die militärische (Des-)Organisation des Bundeskorps.

Zudem hatte das Gefecht die verbliebenen Divisionen stark erschöpft, denn *die Nacht war unterdessen hereingebrochen und es mussten Vorposten bezogen werden, ohne sichere Kenntniß von den Stellungen des Feindes erlangen zu können, welcher bereits bis nahe an Werbachhausen vorgedrungen war.*⁶² Auch die Versorgung der Truppen und damit deren Erholung für den nächsten Tag war

60 HStAS Q 2/39, 24.07.1866.

61 Vgl. zu Hochhausen und Werbach Zöller (wie Anm. 50), S. 76–86.

62 Die vorausgehenden Zitate alle nach Hessen (wie Anm. 13), S. 20 ff.

so nicht zu gewährleisten,⁶³ insbesondere die Wasserversorgung dürfte ein großes Problem gewesen sein. Die Soldaten konnten das Wasser nicht abkochen, litten aber in der Sommerhitze unter starkem Durst und waren sehr schwach.⁶⁴ Auch hatte der Kommandeur schon seit Tagen keine Nachricht erhalten, wie er seine Truppen einsetzen sollte und wo und mit welchem Ziel sich das bayerische Bundeskorps befand.⁶⁵ In dieser Lage befahl er für den nächsten Tag eine Konzentrierung seiner Truppen, das Armeekorps marschierte in die Stellung Großrinderfeld – Wenkheim – Neubrunn,⁶⁶ um dort die anmarschierenden feindlichen Kolonnen zu erwarten.⁶⁷ Durch diesen Befehl teilte sich das Armeekorps, das halbe Korps rückte in die Stellung vor, die andere Hälfte wich zurück. Dies waren alles andere als gute Aussichten für den kommenden Tag.

Am 25. Juli kam es zu weiteren Kämpfen, die den Soldaten derart zusetzten, dass der württembergische Divisionskommandant Generalleutnant von Hardegg dem Oberbefehlshaber den Rückzug der Truppen melden musste, diese sollten sich in Richtung Würzburg begeben.⁶⁸ Das Chaos wurde perfekt durch die Meldung, dass sich nur zwei Brigaden auf dem Rückmarsch befänden, die dritte Brigade blieb am Aufstellungsort und deckte später den Rückzug.⁶⁹ So folgten die württembergischen Truppen dem badischen Beispiel, das Armeekorps war unter diesen Umständen nicht mehr in der Lage, den preußischen Truppen Widerstand entgegenzusetzen, das Gefecht und der Feldzug der Preußen waren in Süddeutschland spätestens jetzt entschieden. Trotz dieser hoffnungslosen militärischen Lage hofften die Befehlshaber, dass sich die Festung Würzburg dem preußischen Sturm entgegenstellen könnte. Solange Festung und Stadt nicht erobert worden seien, könne man noch nicht von einer Entscheidung sprechen. Daran änderte auch nichts, dass die beiden bayerischen Divisionen ihre Gefechte verloren hatten und sich ebenso auf dem Weg nach Würzburg befanden.⁷⁰ Die Zustände während dieses Rückzugs am 25. Juli waren verheerend, auf der Straße nach Würzburg befanden sich die unterschiedlichsten Truppenteile, die

63 In der Nacht zuvor konnten einzelne Truppen nachts kochen: *um 11 Uhr Nachts konnte ich hier / meine Mannschaft je ½ Pfund Fleisch fassen lassen, dann wurde gekocht bis 2 Uhr* HStAS, Q 2/39. Die 1. Division war beispielsweise nicht einmal mit der „Eisernen Ration“ verproviantiert worden. HStAS E 299, Bü 60, quad. 18.

64 *Hessen* (wie Anm. 13), S. 24: *In unserer ganzen Front waren feindliche Kolonnen im Anmarsche begriffen; unsere Truppen hatten nicht [Wasser] abkochen können und waren sehr erschöpft von den Kämpfen des gestrigen Tages.*

65 Ebd., S. 22 f. Bereits seit dem 21. Juli hatte von *Hessen* keinen Befehl erhalten. Am 25. Juli berichtet er: *Vom Ober-Kommando ist keine Disposition für den heutigen Tag eingetroffen und von den bayerischen Truppen ist Nichts zu sehen.*

66 Ebd., S. 23.

67 Ebd., S. 24.

68 Ebd., S. 27.

69 Ebd.

70 Ebd. *Als nun gegen 7 Uhr größere Abtheilungen bayerischer Truppen, vermischt mit Hunderten von Fuhrwerken jeder Gattung, [...] da blieb kein Zweifel mehr übrig über den unglücklichen Ausgang des Gefechts der beiden bayerischen Divisionen.*

Fuhrwerke in der Mitte der Straße in zwei- oder dreifacher Kolonne, am Rand schützten Infanterie und Reiterei – teils mit dem Bajonett – die Bagage.⁷¹ Biwakiert wurde auf der Straße und in den nahen Wiesen, während am folgenden Tag der Marsch nach Würzburg wiederaufgenommen wurde. Dort eröffneten die preußischen Truppen den Artilleriebeschuss der Marienfeste, den sie nachmittags wieder einstellten. Denn mittlerweile war die Nachricht eingetroffen, dass sich Preußen und Österreich auf einen Präliminarfrieden verständigt hätten, der ab dem 2. August beginnen, aber schon jetzt durch eine Waffenruhe flankiert werden sollte.

Bilanz des Gefechts

Die Bilanz des Gefechts bei Tauberbischofsheim fiel außerordentlich negativ aus: An Gefallenen des VII. Bundeskorps waren nach Angaben der Militärverwaltung immerhin 19 Offiziere und 388 Mann zu beklagen, verwundet wurden 69 Offiziere und 1370 Mann, gefangen genommen wurden 15 Offiziere und 103 Mann, schließlich wurden 17 Offiziere und 2427 Mann vermisst, die mit dem Zusatz *darunter viele Tote* verzeichnet wurden.⁷² Die württembergische Division trug davon an Gefallenen fünf Offiziere, neun Unteroffiziere und 46 Mann, verwundet wurden 19 Offiziere, 70 Unteroffiziere und 369 Mann, als vermisst (und wahrscheinlich tot) galten zwei Offiziere, 13 Unteroffiziere, ein Spielmann und 175 Mannschaften.⁷³ Die württembergischen Gesamtverluste im Krieg summierten sich auf 19 Offiziere, 25 Unteroffiziere und 358 Mannschaften, verwundet wurden 69 Offiziere, 120 Unteroffiziere, drei Spielleute und 1247 Soldaten, gefangengenommen wurden 15 Offiziere, drei Unteroffiziere, ein Spielmann und 99 Soldaten,⁷⁴ vermisst waren 17 Offiziere, 39 Unteroffiziere, zwei Spielleute und 2386 Soldaten, darüber hinaus waren an die Preußen neben einem Geschütz zwei Munitionswagen und elf sonstige Fuhrwerke verloren worden, 170 Reitpferde und 67 Zupferde waren ebenfalls getötet worden.⁷⁵ Das Gefecht von Tauberbischofsheim brachte also rund ein Viertel bis die Hälfte aller Verluste und zeigt, wie unsinnig dieses Treffen war.

Gründe für die Niederlage

Die Gründe für die Niederlage in der Schlacht und im Krieg von 1866 sind vielfältig, wurden von den Akteuren aber klar und offen benannt. Alexander von

71 Ebd., S. 28.

72 Ebd., S. 39.

73 HStAS E 299 Bü 56. *Sauer* (wie Anm. 11), S. 196 gibt dagegen an „26 Offiziere und 657 Mann an Toten und Verwundeten kosteten das Gefecht von Tauberbischofsheim die Württemberger, nur 10 Offiziere und 116 Mann die Preußen“.

74 Zu den Namen, Herkunft und besonderen Merkmalen vgl. HStAS E 299 Bü 57.

75 HStAS E 299 Bü 56, quad. 15.

Hessen schreibt in seinem (apologetisch gehaltenen) Feldzugsjournal: *Die Mängel der deutschen Bundesverfassung waren mir bekannt; ich musste aber voraussetzen, daß die Staaten, welche sich entschlossen hatten, ihr gutes Recht mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, auch bereit wären, die nothwendigen Opfer zu bringen und darin hatte ich mich getäuscht.*⁷⁶ Die nötigen Opfer zu bringen, bedeutete aus seiner Sicht die Bereitschaft der beteiligten Staaten, ihre Ressourcen für den Krieg möglichst rasch und vollständig einzusetzen. Doch trotz der Kriegsrhetorik dauerte es viel zu lange, bis die Bundeskorps aufgestellt waren. Hinzu kam, dass die Soldaten über keine praktische Feldzugserfahrung verfügten, die letzte Schlacht mit württembergischer Beteiligung hatte während der napoleonischen Kriege stattgefunden und lag mehr als 50 Jahre zurück. Zudem führten unterschiedliche Reglements in Baden, Hessen und Württemberg dazu, dass die Soldaten unterschiedlich ausgerüstet waren, nicht gemeinsam in Manövern geübt hatten und die nötigen Voraussetzungen für die Führung großer Truppenverbände auch bei den Offizieren nicht vorhanden war. So klagt Alexander von Hessen beredt: *Seit 26 Jahren war das 8te Corps nicht mehr vereinigt worden; die Generale kannten sich kaum gegenseitig, und keiner von ihnen, mit Ausnahme der österreichischen, hatten einen ernsten Feldzug mitgemacht. Die Truppen und ihre Führer sollten erst angesichts eines einheitlich organisierten, vortrefflich geführten und vorbereiteten Gegners, den Krieg erlernen und Soldaten werden.*⁷⁷

Aber nicht nur Alexander von Hessen beurteilte die Kampfkraft der Bundestruppen aufgrund solcher Organisationsmängel als mangelhaft, auch der württembergische Verbindungsoffizier Albert von Suckow kommt, obwohl zum VIII. Bundeskorps abkommandiert, zu ähnlichen Ergebnissen. Darüber hinaus zweifelte er die politische Entscheidung für einen Krieg an und sah diesen bereits vom ersten Tag der kriegerischen Auseinandersetzungen als verloren an. Rhetorisch fragt er laut Suckow am Tag der Schlacht von Königgrätz: *Was die westdeutsche Bundesarmee am 4. Juli bei Fulda tun soll, wo die preußische und die österreichische Hauptarmee sich in Böhmen gegenüberstehen und binnen kurzem dort die Entscheidung fallen muß.*⁷⁸

Zudem fehlten wichtige Informationen über die Niederlage der Hannoveraner Truppen wusste man im bayerischen Hauptquartier nichts, obwohl man statt eines leistungsfähigen Kommunikationssystems zwischen den Bundestruppen Geld für die Informationen von Spionen ausgegeben hatte.⁷⁹ Überhaupt muss die Aufklärungsarbeit und Informationsbeschaffung als wenig professionell bezeichnet werden. Nicht nur, dass man über entfernte Verbündete kaum etwas in

⁷⁶ *Hessen* (wie Anm. 13), S. 39.

⁷⁷ *Ebd.*, S. 41.

⁷⁸ *Suckow* (wie Anm. 24), S. 85.

⁷⁹ *Ebd.*, S. 85 f. Bayern bezahlte bis zum 4. Juli nach Angaben Suckows 2800 Gulden für die Spionagearbeit. Die Furcht vor Spionage war weit verbreitet, so wurden auch hessische Soldaten der Spionage verdächtigt. HStAS E 299 Bü 57.

Erfahrung bringen konnte, auch die Stellung der eigenen Truppen war im Hauptquartier nicht bekannt und die spärlich eintreffenden Nachrichten waren schnell überholt. Auch über den Verlauf von Gefechten kursierten halboffizielle, nicht immer zutreffende Berichte, so wurde nach dem Gefecht von Tauberbischofsheim gemeldet, dass das Bundeskorps siegreich gewesen sei.⁸⁰

Nun liegt es in der Natur des Krieges, dass sich die militärische Operationslage verändert, doch zeigen die Berichte des VII. und VIII. Bundeskorps besondere Informationsdefizite. Beispielhaft lässt sich dies an den Tagebucheinträgen von Suckow nachzeichnen. Er reiste mit der zivilen Eisenbahn und mittels Extrapost durch das Operationsgebiet, um sich Informationen zu beschaffen und sich mit Kommandeuren zu beraten, die sich selbst mit ihren Verbänden entsprechend der militärischen Lage in steter Bewegung befanden. So kommt es zu einem anhaltenden Reiseverkehr, in dem wichtige Informationen kaum oder nur unzureichend übermittelt werden können. Suckow reiste also am 26. Juni *Früh vier Uhr bis nachts elf Uhr [mit der] Eisenbahn nach Bamberg über Nördlingen und Nürnberg. Prinz Karl ist nicht mehr hier, sondern in Schweinfurt.*⁸¹ Am 1. Juli fährt er 5 Uhr morgens *mit Extrapost über Neustadt und Kissingen nach Gemünden [...] Ankunft Mittags. Eisenbahn über Frankfurt nach Friedberg, wo im fernen Westen Prinz Alexander [von Hessen] weilt. Er befand sich beim Dinner, ich mußte deshalb warten und so wurde es 9 Uhr abends, bis ich meine Depesche überreichen konnte.*⁸² Am 3. Juli geht es mit der Extrapost von Schweinfurt nach Meiningen: *Kein Soldat mehr zu sehen, sie seien alle schon vorgestern fortgezogen ins Werratal hinab und über Kaltennordheim.*⁸³ Gleichzeitig war das Kartenmaterial desolat, so schreibt Suckow vier Tage später: *Meiner Landkarte aufs Ungefähre folgend fuhr ich [...] nach einem Ort namens Büdingen.*⁸⁴ Und das Armeekorps telegraphierte am 22. September recht hektisch: *Bitte umgehend um Übersendung der in der Kriegsbibliothek vorrätigen und aufgezogenen Kartenexemplare von der Generalkarte des nördlichen Bayern, von Kurhessen, Hessen und den sächsischen Herzogtümern.*⁸⁵ Offensichtlich glaubte man an einen raschen Sieg gegen die Preußen, denn die aufgezählten Gebiete lagen bereits in preußischer Hand, weshalb der Mangel an gutem Kartenmaterial in eklatantem Widerspruch zu den militärischen Erwartungen steht.⁸⁶ Unter diesen Umständen war an eine schnelle und effektive Verlagerung der Truppen kaum zu denken. Dass dies nicht nur Einzelfälle waren, belegt auch

80 Behr (wie Anm. 30), S. 76.

81 Suckow (wie Anm. 24), S. 83.

82 Ebd., S. 89.

83 Ebd., S. 91.

84 Ebd.

85 HStAS E 299, Bü 62, 193.

86 Ebd. Nach Sauer (wie Anm. 11), S. 191 wollten sich die württembergischen Truppen in Frankfurt im örtlichen Buchhandel mit Karten versorgen, doch hatten die preußischen Truppen bereits alle verfügbaren Karten aufgekauft, so dass man sich mit hessischen Schulatlanten behelfen musste.

das Telegramm des Kriegskommissars Nessler vom 19. Juli an den Oberstleutnant Kehrler im Hauptquartier des VIII. Bundeskorps, der anfragt: *Wohin soll ich morgen kommen?*⁸⁷

Nun dürfen die Verhältnisse des Krieges von 1866 selbstverständlich nicht mit der Situation der späteren Kriege verglichen werden, allerdings erklärt sich die Überlegenheit der preußischen Truppen eben auch aus der konsequenten Nutzung ihrer Informationen. Preußische Kommandeure waren deutlich besser über die Stellung des Feindes informiert und konnten dadurch Vorteile nutzen. Es war also weniger das preußische Zündnadelgewehr, als vielmehr die überlegene militärische Organisation, die vorzügliche Führung der Truppen und eine militärisch angemessenere Operationsplanung. So berichtet Suckow über das Verdikt preußischer Offiziere, die sich besonders erstaunt darüber zeigten, *daß wir [die Württemberger] ihnen die Stellung bei Wertheim ohne einen Schuß überlassen haben, und was für ein Unsinn dieser Angriff der Württemberger auf Tauberbischofsheim gewesen sei.*⁸⁸

*Der Umgang mit der Niederlage:
Waffenstillstandsverhandlungen und die politische Agenda*

Württemberg und die übrigen süddeutschen Staaten mussten nach dem Gefecht von Tauberbischofsheim einsehen, dass sie militärisch keine Möglichkeit hatten, sich gegen die preußischen Truppen durchsetzen zu können. Die angebotenen Friedensgespräche nahmen daher alle drei souveränen Staaten an, zumal Österreich kein Interesse mehr an einer Fortführung des Krieges gegen Preußen hatte. Ermächtigt wurde der preußische *General von Manteuffel [...] mit den drei Staaten über einen Waffenstillstand zu unterhandeln.*⁸⁹ Daraufhin wurden nach und nach die Kämpfe eingestellt, die Regierungen in Darmstadt, Karlsruhe und Stuttgart übernahmen nun getrennt und einzeln die Friedensverhandlungen.

Diese gestalteten sich aber schwierig, denn die süddeutschen Staaten gingen schlecht vorbereitet, uneinig und ohne militärische Macht in die Verhandlungen. Da Preußen mit jedem Souverän separat verhandelte,⁹⁰ setzte es durch, dass sich die badischen Truppen ins eigene Territorium zurückzogen und mit Württemberg ein dreiwöchiger Waffenstillstand vereinbart wurde.⁹¹ Im Hauptquartier äußerte sich der württembergische Militärbeobachter von Suckow dahingehend, dass auch das VIII. Armeekorps wohl kaum mehr kämpfen werde, was als Weigerung Alexanders von Hessen interpretiert werden kann, die im Grunde aussichtslosen Kämpfe wiederaufzunehmen.⁹² Auf unterschiedlichen Ebenen signa-

87 HStAS E 299, Bü 62, 132.

88 Suckow (wie Anm. 24), S. 110.

89 Hessen (wie Anm. 13), S. 31.

90 Ebd., S. 33.

91 Ebd., S. 33 und S. 37.

92 Ebd., S. 35 f.

lisierten also die süddeutschen Staaten, dass sie einen bedingungslosen Waffenstillstand akzeptierten. Preußen nutzte diese Situation, um zu versuchen, die Festung Würzburg doch noch als Faustpfand zu bekommen, scheiterte aber mit diesem Vorstoß. Die Verhandlungen – so wichtig sich die Berichte der Akteure lesen – wurden zwischen Preußen und Österreich in Nikolsburg geführt, die Belange der militärischen Kommandeure und süddeutschen Souveräne standen dort nicht oben auf der Tagesordnung.

Agenda der württembergischen Politik

Welcher politischen Agenda folgte die württembergische Politik, die keine präzisen Kriegsziele formuliert hatte? Überraschend bleibt, dass die nach der Schlacht von Königgrätz militärisch hoffnungslose Lage nicht zu einem umgehenden Waffenstillstandsangebot Württembergs führte, sondern sich der Krieg in die Länge zog. Prinz Alexander von Hessen glaubte jedenfalls, dass der *Feldzug in Böhmen zugunsten Preußens entschieden* worden war. *Unter solchen Auspicien begannen wir erst unsere Operationen.*⁹³

Erstaunlich offen äußerte sich Ministerpräsident Varnbühler zur Motivation, den Krieg fortzuführen, am 20. Juli 1866: *Daß es noch zu einem Zusammenstoße mit Preußen kommen möge, ist mein sehnlichster Wunsch; auch ein unglücklicher ist besser als keiner.*⁹⁴ Dabei war es nicht der militärische Ruhm, den Varnbühler suchte, sondern vielmehr gut durchdachte Realpolitik, denn *man soll den Mittelstaaten nicht deshalb ihre Existenzberechtigung absprechen können, weil sie sich nicht gewehrt haben.*⁹⁵ Zudem hoffte Varnbühler auf Unterstützung aus Frankreich, das kein Interesse an einem starken Preußen und geschwächten süddeutschen Staaten haben konnte. Daher hat es etwas für sich, wenn von Suckow behauptet, er glaube, dass Varnbühler Depeschen aus Paris erwarte. Vor diesen Überlegungen rückten dann die realistischen Siegchancen in den Hintergrund und auch die Argumente, die er am 9. Juli Varnbühler vortrug, liefen ins Leere: *Ich sagte Varnbühler, nach Königgrätz weiter Krieg zu führen und Blut zu vergießen, sei ein Verbrechen,*⁹⁶ lediglich die Vereinigung des VII. und VIII. Bundeskorps böte die Chance, sich defensiv behaupten zu können. Lakonisch kommentierte Suckow dann auch die württembergische Realpolitik: *Dies ist das Ergebnis der Gefechte an der Tauber, welche, drei Wochen nach der Entscheidung von Königgrätz aufgeführt, sich nur so erklären lassen, daß sie der Intervention Napoleons dienen sollten, durch welche man sich aus der angestifteten „Affaire“ herausziehen wollte.*⁹⁷ Auf einen kurzen Nenner gebracht, das Gefecht bei Tauberbischofsheim erfolgte also nicht aus militärischen Erwägungen, ein

93 Ebd., S. 41.

94 Hellwag (wie Anm. 15), S. 68.

95 Ebd., S. 68.

96 Suckow (wie Anm. 24), S. 96.

97 Ebd., S. 108.

Sieg schien nüchtern betrachtet sogar unmöglich, sondern aus rein politischem Kalkül: Die Beteiligung mit eigenen Truppen demonstrierte Württembergs Souveränität und bot die Gewähr einer Beteiligung an den Friedensverhandlungen. Das Beschreiben von Schlachten und das Bewerten der Handlungen der Akteure birgt für Historiker stets die Gefahr, sich selbst zum Schlachtenlenker zu machen. So wichtig das Nachvollziehen der militärischen Aktionen auch ist, um den Ablauf eines Gefechts oder eines Krieges zu verstehen, so wichtig ist auch, die zivile Seite der militärischen Aktionen zu berücksichtigen: Die Armee kann nur in Verbindung mit der Zivilbevölkerung handeln. Übergeht man in diesem Kontext die Bereitstellung von Rüstungsgütern wie Waffen und Pferde, die Mobilisierung und Versorgung von Soldaten, aber auch der Verwundeten, so ist ein angemessenes Verständnis des Gefechts bei Tauberbischofsheim kaum möglich. Daher werden nun im Folgenden die Beziehungen zwischen dem Militär und der Bevölkerung in den Mittelpunkt gerückt.

IV Beziehungen zwischen Bevölkerung und Militär

Rekrutierung, Rüstung und Versorgung der Truppen

Die Rekrutierung erfolgte in Württemberg ab April 1866, als die zur „Verabschiedung kommenden Soldaten nicht aus dem Heeresverband entlassen“ wurden und man die Unteroffiziere zur Ausbildung bei der Armee behielt sowie den Drill der Rekruten intensivierte.⁹⁸ Erst im Juni, quasi mit Kriegsausbruch, begann man mit der Aushebung von Truppen und der Einberufung der Urlauber.⁹⁹ Eine planmäßige Rekrutierung und Aushebung kriegsfähiger Männer wurde überhaupt nicht durchgeführt, auch die Landwehrmannschaft wurde erst mit Kriegsbeginn mobilisiert. Ähnlich spät erfolgte die Ausrüstung, die zudem teilweise durch die zivile Verwaltung bereitgestellt werden musste. So hatte das Oberamt Hall erst am 17. Mai den Gemeinderat der Stadt aufgefordert, *zur Wahl eines Sachverständigen bürgerlichen Standes für den Zwangsaufkauf von Pferden, nach Art[fikel] 5 des d[iff]alsigen Gesetzes vom 15. May 1859 zu schreiten, zu diesem Behuf hat sich der Gemeinderath versammelt und fellt die Wahl einstimmig auf den Gemeinde Rath Leicht.*¹⁰⁰ Erst weitere zwei Wochen später wurde eine Einquartierungskommission gegründet, die bestehend aus den Honoratioren des Gemeinderates und bekannter Persönlichkeiten wie dem *Conditor-Kümmerle* oder dem *Speißwirth Sekel*, insgesamt 15 Personen, die Kommission bildete.¹⁰¹ Diese sollte Pläne erarbeiten, nach welchem Schema eine etwaige Ein-

98 *Sauer* (wie Anm. 11), S. 186.

99 Ebd., S. 188. „Die Mobilmachung war noch lange nicht abgeschlossen, wenn sie sich auch viel reibungsloser abwickelte als 1859.“

100 StA Schwäbisch Hall, Gemeinderatsprotokoll Hall, 18. Mai 1866, 201.

101 StA Schwäbisch Hall, Gemeinderatsprotokoll Hall, 31. Mai 1866, Abschrift auch in: StA

quartierung erfolgen könnte und beschloss als erste praktische Maßnahme eine Überprüfung, ob alle Häuser in Hall mit einer Hausnummer versehen waren und ob diese gut sichtbar angebracht war.¹⁰²

Weitere Nachrichten zur Vorbereitung des Krieges finden sich in den Gemeinderatsprotokollen nicht. Was ist nun aus diesem offiziellen Schweigen zu schließen? Stadtverwaltung und Gemeinderat exekutierten offensichtlich die Verordnungen, entwickelten darüber hinaus aber keine besondere Aktivität. Es muss daher offenbleiben, ob sich die Verwaltung schlicht unpolitisch gab, denn einen etwaigen Krieg hatte die Stuttgarter Regierung zu verantworten und zu organisieren, so dass man auf lokaler Ebene abwartete. Dass die Rekrutierung und die Rüstung sehr zu wünschen übrig ließ, belegt auch, dass die Mannschaften der am 17. Juni ins Feld abrückenden Brigade Hegelmayer aus Ludwigsburg mit keinen oder nur abgetragenen Uniformen ausgerüstet werden konnten und damit zum Gespött der alliierten Truppen wurden.¹⁰³

Eine ebenso wichtige Rolle wie der Rekrutierung und Aufstellung der Armee kommt der Versorgung der Soldaten zu.¹⁰⁴ Die Versorgung großer militärischer Kontingente hatte die Strategen der Armee zu allen Zeiten vor große Probleme gestellt. Im 19. Jahrhundert wurde eine relativ modern anmutende Lösung des Problems gefunden, nämlich die Einbindung ziviler Produzenten unter Nutzung privatwirtschaftlicher Organisationsformen über öffentliche Ausschreibungen unter Leitung der Armee. So beschloss das Hauptquartier überhaupt erst am 25. Juni die Anlage eines zentralen Proviantlagers in Mainz,¹⁰⁵ zwischen dem 26. Juni und 22. Juli diskutierte man über ein Korpsmagazin in Nördlingen.¹⁰⁶ Bestückt werden sollten solche Proviantlager durch den „freihändigen“ Einkauf von Nahrungsmitteln. Diese wurden dann per Eisenbahn in die jeweiligen Lager oder Aufenthaltsorte transportiert. Dabei wurden modernste Kommunikationswege genutzt. Die Telegraphie ermöglichte überhaupt erst den Ankauf und das Versenden der Nahrungsmittel, offenbart aber auf der anderen Seite auch die Hilflosigkeit der Einkäufer aufgrund von Informationsmängeln und sich rasch

Schwäbisch Hall 21 / 814, 234: *Der Gemeinderath versammelt sich heute um die Wahl der Einquartierungscommission vorzunehmen. Zuerst wird über die Zahl der zu wählenden Mitglieder berathen und beschlossen 11 wirkliche Commiſions Mitglieder und 3 Ersaz Männer zu wählen, so daß die Commiſion, einschließlich des, durch das Gesez zum Vorstand bezeichneten Stadtschultheißen, im Ganzen aus 15 Mitgliedern besteht.* Darin auch die Namen der Kommissionsmitglieder. 102 *Ferner wird als polizeiliche Maasregel angeordnet, daß an allen Wohnhäusern der Stadt, die Hausnummern, deutlich lesbar angeschrieben sein sollen. Die Quartiercomiſion wird bei ihrem vorzunehmenden Umgang zu bewirken suchen, daß diß alsbald geschehe.*

103 Sauer (wie Anm. 11), S. 189.

104 Die Ansprüche auf Nahrung und Quartier waren eingehend für die eigenen Truppen geregelt, die einzelnen Bestimmungen finden sich in: Verpflegungsreglement für das deutsche Bundesheer während eines Bundesaufgebotes, Stuttgart 1866. Ein Exemplar in StadtA Schwäbisch Hall, A 751. Die genauen Ausführungsbestimmungen wurden vor Ort verhandelt und erlassen vgl. HStAS E 299 Bü 60.

105 HStAS, E 299 Bü 60.

106 Ebd.

ändernder militärischer Lage. So wird aus Nürnberg telegraphiert: *Unter jetzigen Verhältnissen ist der Nachschub von Lebensmitteln unausführbar, aber der Vertrag [mit den zivilen Produzenten] keineswegs gekündigt. [...] Da Nürnberg besetzt kann der Privatzug nach keiner Seite befördert werden. Sehe weiteren Befehlen entgegen.*¹⁰⁷ Und am 1. August verlangt ein Proviantmeister recht ungenau: *Von morgen Waffenstillstand, daher Proviant über Würzburg hieher oder über Nürnberg nach Nördlingen.*¹⁰⁸ Aufgrund der privaten Verträge war die Armee zudem nicht in der Lage, sich über die verschiedenen Verträge, die einzelnen Vertragsbedingungen oder über die Mengen ein Bild zu machen.¹⁰⁹ So telegraphierte ein Proviantmeister: *Wir haben gestern Abend noch 20 Wagen Brod und Zwieback nach Buchen geschickt, können auch noch ebensoviel nachschieben, dergleichen weiter 40 Vorspannwagen Haber. Ferner werden bis morgen früh nach einem in Heidelberg abgeschlossenen Accord hier abgeliefert und können weiter befördert werden 50 Zentner Speck, 20 Ohm Wein, 20 Zentner gebrannten Caffee, 21 Zentner Zucker.*¹¹⁰ Schließlich musste der geordnete Proviant bar bezahlt werden. Angesichts des noch gering ausgebildeten Bankensystems war es eine logistische Herausforderung diese Summen in kuranter Währung aufzubringen und zu transportieren. War der Proviant schließlich vor Ort eingetroffen, musste dieser von den Eisenbahnwaggons auf Fuhrwerke verladen und zu den Truppen gebracht werden.¹¹¹ Dort wurden die Lebensmittel dann z.B. in Feldbäckereien verarbeitet, die aber ebenfalls erst vor Ort sein mussten. Zwischen den einzelnen Truppenabschnitten kam es zu einem regelrechten Tausch größerer Mengen von Nahrungsmitteln, wie dieses Telegramm eines Proviantmeisters belegt: *Ich bin in arger Noth erlauben Sie, daß ein Wagen Brod und Caffee der für Sie bestimmt ist von uns übernommen wird.*¹¹²

Die Organisation der Truppenversorgung war auf süddeutscher Seite sehr verbesserungsbedürftig, weil man sich der militärisch schnell verändernden Lage

107 Ebd., quad. 2.

108 Ebd..

109 Beispiele für solche Verträge und Mengen in: HStAS E 299 Bü 60. Solche Verträge umfassten durchaus große Summen, so wurden für die Lieferung von 15 Ochsen, 2500 Laib Brot, 2 Zentner gebrannten Kaffee und 4 Zentner Grütze immerhin 42 000 Gulden fällig. Zudem bezahlte die Armee die Rechnungen nicht immer sofort, was zu Unmut führte: *Der königlich Württembergische Oberkriegskommissar, Herr Bartholomä, hat unsere Rechnung vom 17. d., trotzdem solche als ganz richtig feststeht, bis zur Stunde nicht bereinigen wollen, wir können die Beträge wie diesen mit Gulden 225 nicht in der Schwebe lassen, auch unmöglich neue Verträge entriren, ohne die alten gänzlich erfüllt und ausgeglichen sind; wir bitten Sie daselbst, dahin wirken zu wollen, daß alle alten Rechnungen sofort bezahlt werden.* Ebd., 28. Juli 1866, quad. 25.

110 HStAS E 299 Bü 62, 129.

111 Zu den Problemen des Transports vgl. Protokoll der Verhandlungen zwischen Armeeverwaltung und privaten Lieferanten HStAS E 299, Bü 60, 22. Juli 1866: *Allgemein wird die Unzulänglichkeit des milit[ärischen] Lebensmittelführwesens constatirt und dabei die Ansicht ausgesprochen, daß, wenn eine nachhaltige Abhilfe getroffen werden wolle, die Verwahrung der Fahrzeuge um wenigstens die Hälfte erfolgen müsse, zumal da sich die Zugpferde in einem Zustande befinden, der größere Anstrengungen gänzlich ausschließe.*

112 HStAS E 299 Bü 62, 214.

kaum anzupassen vermochte. Die nötigen Abstimmungsprozesse waren ungewöhnlich zeitaufwendig und mühsam und schwächten im Ergebnis sogar die Einsatzfähigkeit der Truppen. Allerdings kann nicht davon ausgegangen werden, dass bei einer besseren Truppenorganisation ein militärischer Sieg gegen die preußischen Truppen möglich gewesen wäre. Dieser blieb außer Reichweite, gegen die gut ausgebildeten, nach den Roonschen Heeresreformen gut organisierten und kampferfahrenen preußischen Truppen konnten die zusammengewürfelten Truppen des VIII. Bundeskorps nichts ausrichten.

Umgang mit württembergischen Soldaten

Die Zivilbevölkerung pflegte ein „inniges“ Verhältnis zu den süddeutschen Soldaten. So war etwa die Unterstützung anwesender Soldaten durch Verpflegung oder kleinere Geldgeschenke üblich, die Mergentheimer Bürger machten den im Lazarett liegenden Soldaten 6 Gulden zum Geschenk.¹¹³ Dies galt besonders, wenn die Bevölkerung mit den Soldaten in direkter Beziehung stand. Entsprechend wollte die Stadt Hall den *Söhnen hiesiger Eltern*, die *als Soldaten im Feld vor dem Feind* stehen, eine Anerkennung in Geldform zukommen lassen. Denn die Soldaten müssen *viele Strapazen aushalten [...] und dabey oft Mangel zu leiden haben, ist eine vom Kriegs Zustand nicht zu trennende Thatsache*. Deshalb sollte den ungefähr 55 Soldaten, die aus Hall stammten, ein Geldgeschenk gemacht werden und zwar ungeachtet der Vermögensverhältnisse der Eltern. Jeder Soldat sollte 5 Gulden erhalten, finanziert werden sollte der Betrag von insgesamt rund 250 Gulden aus Stiftungsmitteln oder dem Armenfonds. Allerdings machte der Gemeinderat die Einschränkung, dass als Soldat nur derjenige gelte, der sich als aktiver Soldat außerhalb Württembergs aufhielt – damit waren die *Landwehr Männer, welche noch im Innland garnisoniren* und die Einsteher, also solche Soldaten, die von einem Wehrpflichtigen bereits Geld erhalten hatten für die Ableistung des Militärdienstes an seiner Stelle, ausgenommen.¹¹⁴ Auch Soldaten, die zwar aktiv dienten, aber keine Kriegsgefahr fürchten mussten, wie Haller Soldaten in der Bundesfestung Ulm, erhielten das Geld nicht.¹¹⁵ Der Gemeinderat hatte also eigene und sehr bestimmte Vorstellungen davon, was ein „richtiger“ Soldat war. Nicht die Zugehörigkeit zur Armee, die Bereitschaft zu dienen und zu kämpfen, sondern lediglich der Aufenthalt außerhalb Württembergs und – vor allem – die reale Todesgefahr durch bevorstehende Kampfhand-

113 Behr (wie Anm. 30), S. 72.

114 Die vorausgehenden Zitate alle nach StA Schwäbisch Hall S01/1640, 19. Juli 1866, § 200.

115 Ebd., § 203: *Eine Anzahl hierangehöriger Militärpersonen in der Garnison Ulm, welche von dem Beschluß vom 13. Juli § 200 Kenntniß erhalten haben, bitten auch ihnen die Unterstützung zukommen zu lassen, welche durch jenen Beschluß für die im Feld stehenden Soldaten ausgesetzt worden ist. Der Stiftungsrath hat bei dem erwähnten Beschluß besonders die Lebensgefahr im Auge gehabt, welcher der Soldat vor dem Feinde ausgesetzt ist, ein Fall, der in der Garnison derzeit nicht eintritt, und beschließt die Bitte abzulehnen.*

lungen rechtfertigte ein Geldgeschenk. Diese Vorstellung vom „richtigen“ Soldaten orientiert sich an vormodernen Kriterien: Dass ein aus der Stadt stammender Mann seine Heimat verteidigte und daher Anspruch auf kommunale Fürsorge hatte, ist ein Kennzeichen vormoderner Armeen. Dieses Geldgeschenk brachte für die Stadtoberen ein weiteres Problem mit sich, denn es war nicht klar, wie die Soldaten von ihrem Geldgeschenk erfahren sollten. Da der Aufenthalts- und Verwendungsort der Soldaten unbekannt war,¹¹⁶ wollte man sich an die Eltern und das Regimentskommando wenden. Hier ist zu beachten, dass nicht etwa die militärische Hierarchie für die Stadtverwaltung relevant war, sondern eher die direkte Beziehung zum Regiment, an das man sich wenden konnte. Um sicherzugehen, dass alle Soldaten unterrichtet wurden, wurde sogar eine Anzeige in der berühmten und viel gelesenen „Frankfurter Zeitung“ geschaltet. Die Anzeige endete mit der Bitte an Offiziere, ihre Soldaten vom Geldgeschenk zu unterrichten. Diese Anzeige verrät nicht nur, dass die Stadtverordneten alle modernen Kommunikationsmittel nutzen wollten, um „ihre“ Soldaten zu unterrichten, sondern auch, dass die Anzeige eine gute Werbeaktion für die Stadt war. Das Bild Halls, das sich um „seine“ Soldaten kümmerte und dies in der größten Zeitung deutlich zum Ausdruck brachte, war den finanziellen Einsatz der Armenkasse allemal wert.

Gewalterfahrungen und Umgang mit Krankheit und Tod

Gewaltausübung und Gewalterfahrung in Verbindung mit Feldzügen und Kriegen war und ist üblich, und dennoch stellen sich Fragen nach der Gewalterfahrung von Zivilisten und Soldaten. Wie wird Gewalt erfahren, wie wird sie legitimiert und welche Hoffnungen und Ängste verband die Zivilbevölkerung mit dem Krieg von 1866 im Allgemeinen und der Schlacht von Tauberbischofsheim im Besonderen?

Gewalterfahrung machte die Zivilbevölkerung in Tauberbischofsheim natürlich direkt durch die Gewalt während des Angriffs, als die Kanonade nicht nur unmittelbar zu hören war, sondern als der Beschuss der Stadt das Leben bedrohte.¹¹⁷ Aber auch entfernt von der unmittelbaren Schlacht wurde Gewalt erfahren, vor allem in den Lazaretten. Im 19. Jahrhundert definierte eine Armee ihre Hauptaufgabe im Ausbilden und Üben für den Krieg. Die den Krieg ermöglichenden Faktoren wie eine dauernde Versorgung der Truppen oder der Umgang mit Verletzten hingegen wurde Zivilisten überlassen und von der Armee nicht als ihre Aufgabe angesehen. Sei es, dass, wie gezeigt, die Versorgung durch Kontrakte

116 Ebd., § 200: *soll von den Eltern derselben, oder wie sie es sonst erkundigen vermag, aus mitteilen, bey welcher waffe, bey welchem Regiment und Compagnie, der einzelne eingereicht ist, und sodann je an die betreffenden RegimentsComando das Geld mit dem Ersuchen abschicken, Vermittlung zu gewähren.*

117 Zöller (wie Anm. 50), S. 70–94.

mit örtlichen Landwirten und Händlern gesichert werden sollte, sei es, dass die Krankenpflege durch private Vereine, Militärkrankenwärter oder den Einsatz von Diakonissen¹¹⁸ gesichert werden sollte. Das Sanitätswesen selbst stand außerhalb der militärischen Hierarchie und Organisation, so waren die Militärärzte damals noch keine Offiziere. Es verwundert deshalb nicht, dass sich bereits im Frühjahr 1866 private Initiativen finden, die beispielsweise landesweit Verbandsstoffe sammelten und die *helfenden Hände* um Sachspenden jeglicher Art baten. So wurde am 3. Juli *die Bevölkerung noch einmal „dringend gebeten“*, *Charpie, gebrauchte Leinwand, Binden, Kompressen, Kissen, Hals- und Taschentücher, Matrazenschläuche, wollene Decken und vieles andere mehr zu geben und nach Stuttgart zu schicken, da nun im Schooße Deutschlands zu blutigen Thaten geschritten ist.*¹¹⁹ Insbesondere die Frauenvereine boten Anknüpfungspunkte für solche Aktivitäten und stellten ihre Netzwerke in den Dienst der Sache. Sie trauten sich in diesem Kontext auch gegen die geltende Hierarchie zu handeln, wenn etwa dem gerade zitierten Aufruf nicht gefolgt und stattdessen das Material zurückgehalten wurde, weil absehbar war, dass Nordwürttemberg zum Kriegsschauplatz werden würde.

Mergentheim als Standort des Lazarett wurde vom Militär wenige Tage vor dem Gefecht von Tauberbischofsheim bestimmt, dort fehlten aber sämtliche Einrichtungen. Noch am 20. Juli war Adelsheim als Standort vorgesehen, das aber keinen Platz für die erwarteten Verwundeten zur Verfügung stellen konnte;¹²⁰ dann sollte in Buchen ein Hospital eingerichtet werden, weil dort die *Lokalitäten* in der Volksschule geeignet seien,¹²¹ am 21. Juli wurde schließlich Mergentheim als Lazarettstandort festgelegt¹²² und durch die Feldkriegskasse dem Etappenkommando *schleunigst* 60 000 Gulden für Sofortmaßnahmen zur Verfügung gestellt.¹²³ Mit diesem Geld sollten *Mäntel, Stiefel, Hemden, Koch-Geschirr und Tornister* angeschafft werden, allerdings blieb unklar, wo sich die Depots mit den Waren befanden.¹²⁴ Die fehlenden Informationen erwiesen sich also nicht nur in der Vorbereitung und Durchführung der Gefechte als entscheidend, auch in der Vorbereitung des Lazarettwesens und der allgemeinen Versorgung zeigt sich, wie entscheidend die rasche Übermittlung von richtigen Informationen sein konnte. In Mergentheim selbst begann man rasch auf vorhandene, größere Räumlichkeiten zurückzugreifen, vor allem das Mergentheimer Schloss und der Sauflersche Biergarten dienten als Lazarett.¹²⁵ Auch die Versorgung der Verwundeten wurde privat organisiert. So boten die Mergentheimer Bürgerhaushalte

118 Behr (wie Anm. 30), S. 80.

119 Ebd., S. 73.

120 HStAS E 299 Bü 62, 140.

121 Ebd., 156. In der Schule sollten 100 Betten zur Verfügung stehen.

122 Ebd., 183: *Gehen Sie sogleich nach Mergentheim, richten Sie dort ein Spital ein.*

123 Ebd., 144.

124 Ebd., 149.

125 Behr (wie Anm. 30), S. 77.

drei Mahlzeiten an, wobei die Bürger von der Stadtverwaltung gebeten wurde, *den Kaffee von 3 bis 4 Uhr und die etwa gütigst zuge dachte Suppe Abends zwischen 6 und 7 Uhr bringen zu wollen.*¹²⁶ Dieses frühe Private-Public-Partnership war damals durchaus üblich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass das erste Garnisonslazarett in Stuttgart erst nach 1871 eingerichtet wurde. Medizinische Hilfe leisteten daher auch zivile Ärzte aus Mergentheim und Umgebung, die in Eigenverantwortung den Lazarettstandort verwalteten. Für die geleistete Arbeit und die Aufwendungen wurde nach Ende des Krieges schließlich der Staat herangezogen, der die eingereichten Rechnungen der beteiligten Mergentheimer Bürger beglich. Die Aufgabenverteilung im Krieg von 1866 war also klar definiert, die Armee kämpfte und hatte Anspruch auf Versorgung, Verpflegung und Behandlung durch die Zivilbevölkerung, die dafür vom Staat später Kostenersatz erhielt.¹²⁷ Daneben entstanden in den Orten Nordwürttembergs auch kleinere Hospitäler, die für die Behandlungen von Verletzungen während der Besatzungszeit zuständig waren.¹²⁸

Allerdings kannte die Hilfsbereitschaft auch Grenzen, so fürchtete sich die Bevölkerung vor dem Ausbruch von Infektionskrankheiten wie Typhus oder Cholera. Weil nur Wenige über medizinische Erfahrung verfügten, machte das Gerücht, die Schwerverwundeten mit ihren eiternden Wunden würden die Menschen anstecken, schnell die Runde.¹²⁹ Nachdem diese Behauptung entkräftet worden war, widmete sich die Bevölkerung wieder den Verwundeten. Die Stadtbevölkerung fühlte sich für „ihre“ Soldaten verantwortlich, im Gegensatz zur Armee, die mit den Verwundeten kaum etwas anfangen konnte. Sowohl von preußischer als auch von württembergischer Seite wurden die Anstrengungen der Mergentheimer geachtet, denn als Mergentheim am 30. Juli durch die preußischen Truppen besetzt wurde, veränderte sich nichts – in den Einrichtungen wurden alle Verwundeten gleichermaßen gepflegt.

Wie die Soldaten mit der militärischen Gewalt in der Schlacht, mit der Todesgefahr, mit Ängsten und Sorgen umgingen, davon ist mangels Selbstzeugnissen leider wenig bekannt. Die Belastung muss ungeheuerlich gewesen sein. So schreibt besagter Offizier im Hohlweg an seine Frau kurz vor dem Gefecht bei Tauberbischofsheim einen deutlichen Abschiedsgruß: *Lebe wohl, mein theures Herze, ich leb der festen Hoffnung, daß / ich dich bald wiedersehen werde!*

126 Ebd.

127 HStAS E 146 Bü 7437, 243.

128 So ist in Schwäbisch Hall ein Effektenverzeichnis für die Einrichtung eines Spitals überliefert, das aber nicht groß gewesen sein kann. Denn mit einem Lehnstuhl, mehreren Eimern und Schüsseln von der örtlichen Zuchthaus-Polizeiverwaltung abgegebenen Materialien waren nur wenige zu versorgen. Wahrscheinlich ist, dass beim einzurichtenden Gefängnis auch ein Krankenzimmer mit angelegt werden sollte. StA Schwäbisch Hall 21/814, 4. August 1866.

129 Behr (wie Anm. 30), S. 77.

*Küsse die [lieben] Kinder von ihrem / fernen Vater. Du – laß dich zärtlich küssen von deinem fernen Mann; / Adieu.*¹³⁰

Gewalt konnten Soldaten auch erfahren, wenn sie von feindlichen Truppen aufgegriffen wurden und in Kriegsgefangenschaft gerieten.¹³¹ Die kurze Dauer des Krieges von 1866 und der rasche Abschluss der Waffenstillstandsverhandlungen bewirkten die eher gute Behandlung und Versorgung der Kriegsgefangenen. Exzesse oder Übergriffe auf Kriegsgefangene sind zumindest aus den überlieferten Akten nicht zu ermitteln. Dass aber die Gefangennahme an sich durchaus traumatische Züge entfalten konnte, versteht sich von selbst.

Ähnlich verfuhr man im Fall von Gewalt gegen Zivilisten. Gewalt gegen Zivilpersonen war zwar möglich, wenn auch nicht alltäglich. So wurden reisende Marketender festgenommen, weil man befürchtete, sie seien Spione oder verkleidete Soldaten.¹³² Sie wurden dann jedoch nicht wegen Spionage festgenommen, *sondern als in feindlichen Kriegsdiensten stehende Leute*¹³³ zu Kriegsgefangenen erklärt. So konnte ihre Habe konfisziert und das Geld als „Kriegsbeute“ deklariert werden.¹³⁴ Regeln und Richtlinien für den Umgang mit Zivilisten im Kriegsgebiet sollten noch einige Jahrzehnte auf sich warten lassen, so konnte potenziell jeder Zivilist im Einzugsbereich von Soldaten Opfer von direkter oder indirekter Gewalt werden. Dies galt vor allem für Zivilisten, die sich im Kriegsgebiet aufhielten und denen unterstellt wurde, für den Feind zu arbeiten und Spionage zu betreiben.

Umgang mit preußischen Soldaten

Zwischen den württembergischen, den preußischen Soldaten und der Zivilbevölkerung lassen sich keine größeren Spannungen feststellen – im Gegenteil: Obwohl die preußischen Truppen als Besatzungsmacht auftraten, wurden sie in Nordostwürttemberg nicht angefeindet. Es scheint vielmehr vor allem aufgrund der Deutlichkeit der Niederlage ein Gefühl der Gemeinsamkeit geherrscht zu haben. So ist nachvollziehbar, dass zwischen den Verwundeten kein Unterschied gemacht wurde. Auch mit Blick auf die Kriegsgräber und die Sepulkralkultur ist gegenseitiger Respekt spürbar, wenn etwa in Mergentheim durch preußische

130 HStAS Q 2/39.

131 In Hall bestand ein Soldatengefängnis, das auch über den Waffenstillstand hinaus erhalten bleiben sollte. StA Schwäbisch Hall 21/814, 3. August 1866.

132 *Am 24. Juli wurden in der Nähe von Kist von einer Kurhessischen Husaren-Patrouille zwei Preußische Marketender mit Wagen und Pferd, sowie eine Geld enthaltende Wachstuchtasche eingefangen. Die Marketender befinden sich auf der Stabswache des Hauptquartiers; Wagen und Pferd sind in Kist stehen geblieben.* HStAS E 299 Bü 57, Quad 15.

133 Ebd., quad. 19.

134 *Die vom Commando der IV. Felldivision am 26. Juli in das Corps-Hauptquartier in Würzburg abgelieferten zwei preußischen Marketender, von welchen der eine Adolf Schulten heißt, sind an die Festungs-Commandantschaft Würzburg als Kriegsgefangene abgeliefert worden.* HStAS E 299 Bü 57, quad. 18.

Truppen für die dort im Lazarett verstorbenen württembergischen Soldaten ein Begräbnis mit allen militärischen Ehren durchgeführt wurde.¹³⁵ In Schwäbisch Hall sprach man über die einquartierten Soldaten meist nur Gutes, zumal die preußischen Soldaten in der Nacht des 29. auf den 30. Juli 1866 bei Löscharbeiten in der Brückenhofgasse Hilfe leisteten und verhinderten, dass das Feuer größeren Schaden anrichten konnte.¹³⁶ Der Gemeinderat erwähnte am 30. Juli die *aner kennenswerte [...] Hilfe, die bey den Löscharbeiten geleistet* worden war und dankte *in einem besonderem Schreiben an die Comando und durch Einrücken ins Tagblatt*.¹³⁷ Auch die Einquartierung nach den vorläufigen Waffenstillstandsvereinbarungen Anfang August 1866 verlief ohne Zwischenfälle.¹³⁸ Nachdem die Stadtverwaltung informiert worden war, stellte man aus dem Inventar des Zuchthauses leihweise Schüsseln und Eimer zur Verfügung.¹³⁹ Einquartierungen konnten immer zu Konflikten zwischen den Quartiergebern und -nehmern führen, in Hall sind aber keine größeren Zwischenfälle überliefert.¹⁴⁰ Dazu trugen wohl auch die genauen Bestimmungen der Stadt bei¹⁴¹ sowie die Möglichkeit der Bevölkerung, Beschwerde gegen die Einquartierungen bei der Einquartierungskommission einzulegen.¹⁴² In Hall und Künzelsau waren vom preußischen I. Bataillon 24 Offiziere, 1084 Mannschaften und 53 Pferde untergebracht,¹⁴³ die Dauer der Besatzung betrug „bei den Offizieren 47 Tage, bei der Mannschaft 199 Tage“.¹⁴⁴ In Steinbach, Ohrenbach und Büttelbronn wurden am 18. August 180 Mann der 3. Kompanie des 2. Posenschen Infanterieregiments Nr. 19 mit der Verpflichtung zur Bereitstellung von entsprechender Verpflegung einquartiert.

135 Behr (wie Anm. 30), S. 77.

136 StA Schwäbisch Hall, 21/814, S.306.

137 Ebd.

138 Die Stadt Hall wurde per Telegramm von der Stuttgarter Regierung in Kenntnis der Einquartierung gesetzt. Zuvor waren bereits am 4. August Gerüchte entstanden, die von der Einquartierung von 2600 preußischen Soldaten ausgingen, die aber den Kocher nicht überschreiten dürften. Der Stadtschreiber lehnte dieses Gerücht als unzutreffend ab. StA Schwäbisch Hall 21/814.

139 Ebd., 21/814. Darin das Verzeichnis der leihweise abgegebenen Gegenstände.

140 Ebd. Die Instruktionen der preußischen Truppen für die Einquartierung vom 10. August 1866. Darin wird auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung betont, wenn die Gendarmerie in ihren Rechten und Pflichten bestehen bleibt. Für Ruhe sorgte auch die Einquartierungskommission, die zwischen den Armeebehörden und der Bevölkerung vermittelte. So beschwerte sich der Schreiner Schwendt, dass an seiner Scheune das Schloss durch preußische Truppen aufgebrochen und die *Thür aufgesprengt* worden sei und Heu und Stroh entwendet worden war. Die Einquartierungskommission erhielt allerdings bei ihren „Recherchen“ *kein bestimmtes Resultat*, weil unklar blieb, wo genau sich Heu und Stroh befunden hatten.

141 Ebd., Instruktion mit acht Paragraphen, 10. August 1866.

142 Vgl. Beispiele in: Ebd.

143 HStAS E 146, Bü 7438, 158. Das Stadtschultheißenamt Hall spricht von 1 General, 2 Stabsoffizieren, 23 Subalternunteroffizieren und Beamten und 870 Mannschaften. StadtA Schwäbisch Hall, 21/814, 21. September 1866.

144 HStAS E 146, Bü 7438, 136.

Unter Verpflegung für die preußischen Mannschaften verstand man damals am Morgen ein Frühstück mit *Zuthat*, also meist Brot und Kaffee, ein Mittagessen bestehend aus 1 Pfund Fleisch, Gemüse, Brot sowie einer halben Flasche Wein oder einem halben Maß Bier, das Abendessen sollte aus einem *Imbiss* bestehen, darunter verstand man üblicherweise Brot und Wurst, dazu noch einmal ein Viertel Maß Bier. Die Offiziere erhielten zusätzlich zu dieser Verpflegung beim Mittagessen neben dem Fleisch auch einen Braten, eine ganze Flasche Wein und nachmittags Kaffee, zudem war morgens und abends die Auswahl an Speisen reichhaltiger als bei den Mannschaften.¹⁴⁵ Die Speisen mussten von den Einwohnern zubereitet werden, ausreichend und sättigend sein und rechtzeitig abgeliefert werden. Nur wenn die Gemeinden nicht dazu in der Lage waren, sollten sich diese an die Truppenmagazine zur Abholung der Lebensmittel wenden.¹⁴⁶

Die Tiere wurden durch die Zuweisung von Fourage versorgt. Zu stellen waren 12 Pfund Hafer, 5 Pfund Heu und 7 Pfund Stroh pro Tier und Tag. Für die Versorgung der Tiere¹⁴⁷ wurde eine kommunale Fouragekommission gebildet, die ihr Pendant in der Verpflegungskommission hatte.¹⁴⁸ Auch an diesem Beispiel zeigt sich das oben Gesagte: Die Kriegsführung war auf ein enges Zusammenspiel kommunaler Behörden und der Militärverwaltung angewiesen, die in dieser Form nicht mehr zeitgemäß war und weit hinter dem Entwicklungsstand Preußens lag.

Nachdem am 13. August der Friedensvertrag unterschrieben worden war, die preußischen Truppen Ende August Schwäbisch Hall¹⁴⁹ und Mergentheim räumten und das dortige Feldspital am 4. September abbrückte,¹⁵⁰ verlor die Stadtbe-

145 HStAS E 146, Bü 7439, 86. Ein Armeebefehl bestimmte darüber hinaus, dass pro Tag und Mann $\frac{1}{4}$ Pfund Rauchtobak auszugeben sei. StA Schwäbisch Hall 21/814, Bekanntmachung. Die Einquartierungskommission veröffentlichte schließlich den Armeebefehl als Beschluss der Einquartierungskommission und gab ihm so den Anstrich der eigenen Entscheidung. StA Schwäbisch Hall 21/814.

146 StA Schwäbisch Hall 21/814: *Ueberall da, wo einzelne Gemeinden oder Gemeinde-Mitglieder nicht im Stand sein sollten, den Truppen die Verpflegung nach obigen Sätzen zu gewähren, haben die Bezirksamter dafür Sorge zu tragen, daß eventuell aus von ihnen anzulegenden Magazinen die Kommunen in Stand gesetzt werden, die Truppen in der vorgebrachten Weise zu beköstigen. Die Truppen-Commandeure werden daher hiermit angewiesen, in derartigen Fällen die Vermittlung des betreffenden Bezirksamts in Anspruch zu nehmen, oder sich mit der bezüglichen Divisions-Intendantur dieserhalb zu benehmen, welche das Erforderliche sofort zu veranlassen hat.*

147 Ebd.: Die Kosten wurden hierfür ebenfalls von der Gemeindeverwaltung verauslagt und von der Stuttgarter Regierung wieder eingefordert. Eingabe Maier/Schwab über 21 Gulden für *einen Wagen Heu* zur Versorgung von 11 Pferden. Die Regierung gewährte einen Abschlag von 10 600 Gulden auf die verauslagten Kosten. Ebd.: Darin auch die Rechnungen der Stadt.

148 Ebd., Bekanntmachung und Fouragekommission.

149 Ebd.: Am 22. August informierte die Regierung die Stadt Hall, dass ein Friedensvertrag abgeschlossen worden sei und der Abmarsch der preußischen Truppen „in den nächsten Tagen erfolgen“ werde. Die kranken und verletzten preußischen Soldaten sollten nach Frankfurt am Main transportiert werden, die zu stark Verletzten wurden im Haller *Krankenhaus* belassen, bis sie *transportfähig gemacht* werden konnten. 4. September 1866.

150 *Behr* (wie Anm. 30), S. 80.

völkerung gegenüber den württembergischen Behörden kein schlechtes Wort über die preußische Besatzung. Dazu beigetragen haben dürfte, dass sich Preußen und Württemberger trotz ihrer Dialekte nicht fremd waren und der württembergische Staat den Gemeinden eine Kostenübernahme garantiert hatte.¹⁵¹

Nur in Künzelsau kam es zu *Störungen und Unordnungen*, allerdings nicht wegen Unstimmigkeiten mit preußischen Soldaten, sondern *aus Anlaß des Transports von verwundeten und kranken Soldaten*.¹⁵² Der Stadtschultheiß habe sich ordnungswidrig verhalten, als er den Abtransport verzögerte – die genauen Umstände sind aus den Akten allerdings nicht zu ersehen.¹⁵³ Eine Wirtshausschlägerei in Mergentheim entzündete sich an einer Beleidigung,¹⁵⁴ die aber ebenfalls keinen Bezug zu preußischen Soldaten aufweist und bereits im Juni stattgefunden hatte, vielleicht ein Beleg für die allgemein gereizte Stimmung, aber kaum ein stichhaltiger Nachweis für Preußenfeindlichkeit.

Anders verhielt es sich in den Gebieten, die zwar von preußischen Truppen besetzt wurden, aber nicht in Reichweite der Kämpfe lagen. In den Akten ist ein *Exzess* in Heilbronn überliefert, der sich deutlich von den gerade beschriebenen Vorfällen unterscheidet. Aus Neckarsulm und dem Umland waren preußische Offiziere nach Heilbronn gekommen und hatten dort sich in Wirtshäusern vergnügt.¹⁵⁵ Das erregte Aufsehen, so dass *Arbeiter, Buben und Mädchen*¹⁵⁶ zum Gasthof gelaufen kamen und die preußischen Soldaten am Gehen hinderten.¹⁵⁷ Die Soldaten zogen ihre Säbel, um sich zu verteidigen, einer der Handwerker griff in einen Säbel und verletzte sich an der Hand.¹⁵⁸ Zugleich machte das Gerücht die Runde, die Soldaten hätten ein Heilbronner Mädchen bedrängt¹⁵⁹ sowie die Württemberger und Hessen verhöhnt.¹⁶⁰ Die Handverletzung führte sofort zum Gerücht, die Preußen hätten dem Betroffenen absichtlich *die Hand abgehauen*, daher *müssten* [die Preußen] *hinaus*, also die Stadt wieder verlassen.¹⁶¹ Der vorbeigekommene Oberamtmann Adolf von Daniel versuchte die Lage unter Kontrolle zu bringen und die preußischen Soldaten wieder nach Hall zurückzubringen. Allerdings scheiterte dies zunächst daran, dass in Sabotageabsicht die eisernen Zapfen an einem Wagen ausgebaut worden waren und der herbeigeru-

151 Ebd.

152 HStAS E 146, Bü 7449.

153 Ebd.

154 Ebd.: *Nannte ihn sogar einen Hund.*

155 Ebd., quad. 8.

156 Ebd.. Die Quelle quad. 4 spricht von *diesen 12 Personen gehören 5 der Stadt Heilbronn an, die anderen 8 sind Fremde, für im Dienst oder Arbeit stehende Arbeiter.*

157 Ebd.

158 Ebd.

159 Ebd.: *Soll nun einer der anwesenden Arbeiter gesagt haben, die Preußen haben ihm sein Mädchen abgespannt.*

160 Ebd., ebenso quad 4: *Darüber, daß die Preußen durch ungebührliches Benehmen die ihnen widerfahrende Behandlung provocirt haben, konnte nichts ermittelt werden und sind die angezeigten Zudringlichkeiten gegen ein Frauenzimmer auf der Straße nicht erwiesen.*

161 Ebd.

fene Schmied zunächst die falschen Zapfen mitgebracht hatte – zudem weigerten sich die preußischen Soldaten, die Stadt in zwei Gruppen zu verlassen.¹⁶² Neben den Burschen und Handwerkern fanden sich auch zahlreiche Besucher eines benachbarten, mittlerweile zu Ende gegangenen Kirchweihfestes sowie Bürger ein, die schließlich mit Hilfe der Polizei und der Feuerwehr nach Hause geschickt werden konnten.¹⁶³ Gegen Abend waren die Wagen schließlich wieder reisefertig. Der Oberamtmann wies den als zuverlässig geltenden Kaufmann Hörner, der die preußischen Wagen begleiten sollte, schließlich an, einen Umweg zu fahren, um die Menschenmenge zu umgehen, die sich zwischenzeitlich nahe des Neckarsulmer Tores wieder zusammengefunden hatte.¹⁶⁴ Unglücklicherweise bog der zweite der Wagen falsch ab und fuhr eben zu dieser Menge, die den Wagen mit Steinwürfen empfang und mehrere Soldaten so schwer verletzte, dass diese mehrere Tage dienstunfähig waren.¹⁶⁵ Aber auch die Soldaten fügten den Zivilisten mit ihren Säbeln mehrere blutende Schnittwunden zu. Schließlich entschärfte sich die Situation und die Menge konnte endgültig zerstreut werden, so dass sich die preußischen Soldaten schließlich nach Neckarsulm zurückzogen. Der Gemeinderat veröffentlichte in der Neckarzeitung einen Aufruf zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung und verurteilte den Übergriff auf die preußischen Soldaten aufs Schärfste.¹⁶⁶ Weitere Exzesse während der kurzen Besatzungszeit oder in der Folge etwaiger antipreußischer Stimmung sind auch aus Heilbronn nicht bezeugt.¹⁶⁷ Auf den ersten Blick erscheint dieser überlieferte Exzess¹⁶⁸ deutlich zu belegen, dass zumindest unter den Arbeitern und Jugendlichen in Heilbronn eine starke antipreußische Stimmung herrschte. Dafür spricht, dass wiederholt geäußert wurde, die Preußen gehörten nicht hierher und sollten wieder verschwinden. Allerdings lassen sich die Ereignisse auch anders interpretieren, der „Heilbronner Exzess“ ordnet sich nämlich in die im 19. Jahrhundert üblichen Auseinandersetzungen zwischen Militär und Jugendlichen ein, die immer wieder auftauchten und ein ähnliches Muster zeigten.¹⁶⁹ Da wären zum einen die aufkommenden, nicht zu bestätigenden Gerüchte, dass es die Soldaten auf die örtlichen Mädchen abgesehen hätten, dann folgt die offene Konfrontation zwischen bewaffneter

162 Ebd.

163 Ebd.

164 Ebd., quad. 9.

165 Ebd. Auch hier bringt die Quelle quad. 4 höhere Angaben: *haben von den Preußen 2 durch Steinwürfe nicht unerhebliche Verletzungen am Kopf erhalten, so daß sie mindestens 8 Tage dienstunfähig seien.*

166 Ebd., quad. 4.

167 Ebd. So im November: *es kamen aber weitere Unordnungen und Ruhestörungen seither nicht wieder vor.*

168 Im betreffenden Aktenbüschel finden sich noch Deckblätter von zwei anderen Exzessen, zu denen allerdings keine Akten erhalten sind.

169 Vgl. dazu Daniel *Kirn*: Soldatenleben in Württemberg. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutschen Armee (Krieg in der Geschichte 46). Paderborn 2009. Zugl. Univ. Diss Stuttgart 2006. S. 308–312.

Macht und Handwerkerge­sel­len, die in Rängelei ausarten und sowohl die lokale Ordnungsmacht als auch die Bürger alarmieren, die versuchen, den Konflikt zu lösen. Schließlich folgt die Trennung von zivilen und militärischen Personen, wobei der Rückzug der Militärs ebenfalls typisch ist.¹⁷⁰ Ebenso wichtig ist, dass sich die Streitigkeiten an auswärtigen Truppenteilen entzünden, es sind eben nicht die preußischen Soldaten, die in Heilbronn stationiert sind, sondern die von außen in die Stadt kommenden,¹⁷¹ die durch ihr öffentliches Auftreten die jungen Männer provozieren. Die übliche Konfliktregulierung innerhalb der Stadt funktioniert in solchen Fällen nicht mehr. Die Bürger Heilbronn selbst akzeptierten die Anordnungen der städtischen Obrigkeit uneingeschränkt und versuchten, das Problem dadurch zu lösen, dass die in Württemberg strikte Trennung zwischen Armeegehörigen und Zivilisten – so waren die Soldaten mit Ausnahme der Garnisonsstädte wie Ludwigsburg kaum im Stadtbild präsent – wiederhergestellt wurde. Als Beleg hierfür kann auch dienen, dass die „Arbeiter“ und „Gesellen“ vor dem Wirtshaus blieben und nicht etwa in die Wirtsstube drängten, dass die Angriffe nicht innerhalb der Stadt, sondern außerhalb des Stadtbezirks stattfanden. Die Menge beachtete also den rechtlichen (Schutz-)Raum von Haus und Stadt. Dass die Heilbronner sich auf die Seite der Verwaltung stellten, belegt der weitere Bericht des Oberamtmanns und wurde auch von den preußischen Soldaten bestätigt und positiv hervorgehoben.¹⁷² Unter den späteren Angeklagten fand sich mit dem Heilbronner Schneidermeister Heinrich Theus lediglich eine Person, die eine herausgehobenere gesellschaftliche Stellung hatte – als Obmann der Feuerwehr wurde Theus dann auch sofort entlassen.¹⁷³ Es handelt sich also auch im Fall Heilbronn weniger um den Exzess starker Preußenfeindlichkeit der Stadtbevölkerung, sondern eher um eine alltäglich vorkommende Ausein­er­setzung zwischen der üblicherweise durch Kasernen und Reglement in Württemberg streng getrennten Sphären von Armee auf der einen Seite und Zivilisten auf der anderen Seite. Auch wenn es keinen offenkundigen „Preußenhass“ gegeben hat, so war es doch von den preußischen Soldaten unklug, in Uniform im öffentlichen Raum der Gaststätte zu feiern. Dies konnte und musste leicht als Verhöhnung der besiegten Württemberger verstanden werden, auch wenn dies

170 Zu erwarten wäre vor dem Hintergrund des preußischen Militarismus, dass die Militärs sich mit allen Mitteln verteidigen, um ihre Vormachtstellung zu behaupten. Stattdessen entziehen sie sich der Situation, man könnte sogar von einer regelrechten „Flucht“ sprechen.

171 Im Einzelnen Heinrich Theus von Heilbronn, Carl Vogel von Heilbronn, Johann Georg Endener von Eberbach, Christian Bai von Eschenau, Jakob Gailing von Reisach, Johann Gerlach von Lange­nau. HStAS E 146 Bü 7449, 23.11.1866.

172 Ebd., quad. 9: *Wenn auch durch den schlechteren Theil der Bevölkerung Heilbronn bei unserer Anwesenheit am 26. d. Monats mir und meinen Kameraden Inhalten gemacht worden sind, die uns zum Gebrauch unserer Waffen gezwungen haben, so sind sie doch weit entfernt dem besse­ren Theil der Einwohner dortigen Stadt hieran irgend welchen Antheil beimessen zu wollen. [...] Ihnen sowohl als der betroffenen dortigen Bürgern sind wir im Gegentheile ihnen bereit für Ihre Bemühungen zur Herstellung der Ruh unseren Dank zu sagen.*

173 Ebd., quad. 4.

gar nicht in der Absicht der Soldaten gelegen hatte. Vergleichbare Fälle wie der hier beschriebene sind für die Kaiserzeit in Stuttgart und anderen Garnisonsstädten mehrfach belegt.¹⁷⁴ Die Konkurrenz um die „symbolische Ressource“ Ehre, der Verdacht, „die“ privilegierten Soldaten wollten ihnen die Mädchen wegnehmen, egal ob beabsichtigt oder nicht, führte häufig zu Auseinandersetzungen. Ein weiterer Beleg für diese These des fehlenden „Preußenhasses“ liefert das abschließende Gerichtsurteil, das die fünf beschuldigten Personen vom Vorwurf der Verabredung zum Ungehorsam – was der Fall gewesen wäre, hätten sie die Preußen aufgrund der Besetzung und ihres Preußenseins angegangen – freigesprochen wurden. Das Vergehen der Ehrenkränkung musste am Heilbronner Oberamtsgericht jedoch weiterverfolgt werden. Der Aufruhr entstand also aus einer für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts typischen Konfliktsituation zwischen Stadt/Land und Militär/Zivilisten, drehte sich direkt oder indirekt um das Konzept der Ehre und war nicht durch Nationalismus motiviert. Die große Mehrheit der Württemberger dürfte die Worte des Kolumnisten der Tauberzeitung geteilt haben: *Zwar ruft man ihnen [den Preußen] keine großen Freundlichkeiten nach, jedoch hätten sich die Preußen während ihres Hierseins stets brav benommen [...] ja, [...] sogar einige bei der Feldarbeit [...].*¹⁷⁵ Allerdings darf die politische Einstellung nicht mit dem Verhalten gegenüber den anwesenden Soldaten verwechselt werden. Auch der von der großdeutschen Lösung überzeugte Württemberger lastete die Niederlage nicht den preußischen Soldaten an. Man kann also aus der Ruhe während der Besetzung nicht auf einen Stimmungsumschwung in der württembergischen Bevölkerung schließen. Vielmehr wurde säuberlich zwischen dem einzelnen preußischen Soldaten und der preußischen Politik als Ganzem getrennt.

Die Folgen des Krieges

Die Kosten, die württembergischen Gemeinden im Rahmen der Verpflegung und Versorgung der eigenen und der eingerückten preußischen Soldaten sowie der Verwundeten entstanden waren, erstattete wie auch im Fall Mergentheims die Staatsverwaltung.¹⁷⁶ Allerdings war das bürokratische System schwerfällig und umständlich: Die einquartierten Regimenter mussten Quittungen über das ausgeben, was in Anspruch genommen wurde. Diese Quittungen reichte man bei der jeweiligen Gemeinde ein, das zuständige Oberamt¹⁷⁷ sammelte dann die Belege bei den Gemeinden ein und schickte ein Verzeichnis der entstandenen Kosten nach Stuttgart. Dort wurde geprüft und abgeglichen, ob die Kosten tatsächlich in

174 Kirn (wie Anm. 169), S. 308–312.

175 Behr (wie Anm. 30), S. 79.

176 Vgl. zu dem genauen Vorgehen Verpflegungsreglement für das deutsche Bundesheer während eines Bundesaufgebotes, Stuttgart 1866. Ein Exemplar in StA Schwäbisch Hall, A 751.

177 StA Schwäbisch Hall, Gemeinderatsprotokoll Hall, 204.

dieser Höhe angefallen waren und schließlich das Geld bewilligt.¹⁷⁸ Für Schwäbisch Hall beliefen sich die durch die Stadtverwaltung ermittelten Kosten auf genau 11 418 Gulden und 1 Kreuzer.¹⁷⁹ Geprüft wurde dabei akribisch, so rechnete die Kommission die von Hall zur Verpflegung gemeldeten sieben Offiziere und sechs preußischen Soldaten heraus, weil unklar blieb, ob diese am 26. oder am 27. August verpflegt worden seien. Auch bei den gemeldeten 91 Mannschaften wurden Abschläge vorgenommen, weil diese am 29. August nicht verpflegt worden waren.¹⁸⁰

Die Gemeinden mussten durchaus Sorgfalt an den Tag legen, indem bei der Berechnung der Verpflegungskosten nicht einfach die Angaben der Quartiergeber übernommen, sondern diese mit den Preisen für Nahrungsmittel in der Tageszeitung abgeglichen wurden.¹⁸¹ Besonders ärgerlich für die betroffenen Gemeinden war es dann, wenn die Quittung des ausgehenden preußischen Regiments gerügt werden musste: *Da mir die vom 15. und 27. September 1866 [ausgestellten Quittungen] für die Infanterie-Quartire in Hall und Gelbingen abgehen so kann ich eine Vergleichung nicht anstellen, wie die Zahlen in den Haller und Gelbinger Bescheinigungen vom 17. August zu den Bescheinigungen vom 18. August im Oberamt Künzelsau stellen; aus der Berichtigung welche der Schultheiß Segl von Steinbach auf der Bescheinigung des Commandos der 3ten Compagnie vorzunehmen sich veranlaßt fand, dürfe jedoch abermals hervorheben, daß die Zuverlässigkeit in schriftlichen Zeugnissen bei dem 19. Regiment nicht gerade rühmenswert ist und die Haller Quartierliste, worüber eine Zusammenstellung hier beiliegt, als eine öffentliche Urkunde wohl mehr Glauben verdient, als die berichtigten und doch wieder unrichtigen Bescheinigungen des preußischen Truppencommandos.* Trotz solcher Widrigkeiten und des damit verbundenen Papierkriegs konnten schließlich die Kosten von insgesamt 322 818 Gulden korrekt aus den insgesamt 125 württembergischen Gemeinden, in denen preußische Soldaten einquartiert worden waren, auf den *allgemeinen Reservefonds* als *Landeslast* übernommen werden.¹⁸² Die unmittelbaren Kriegsfolgen steigerten also die Verschuldung des Staates, was wiederum die nötige Reform der Armee behinderte. Auch die Kosten des Krieges führten dazu, Württemberg in die Arme Preußens zu führen.

178 Der Ministerialsekretär Boller erhielt für seine zweiwöchige außerordentliche Leistung auf Fürsprache Varnbüblers beim König eine Gratifikation von 200 Gulden. HStAS E 146, Bü 7437.

179 StA Schwäbisch Hall, Gemeinderatsprotokoll Hall, 356.

180 HStAS E 146, Bü 7437.

181 Ebd., 56.

182 Ebd., 243.

V **Erinnern und Gedenken**

Erinnerung der Lebenden

Das Gedenken an militärische Einsätze erfolgte im 19. Jahrhundert durch die Stiftung von Orden und Ehrenzeichen. Diese dienten dazu, öffentlich zu zeigen, dass der Träger eines Ehrenzeichens an einem Feldzug teilgenommen, der Träger eines Ordens sich besondere Verdienste erworben hatte.¹⁸³ Grundlage für die Ehrenzeichen des Deutschen Krieges von 1866 war die Verleihung der württembergischen Kriegsdenkmünze, die jedem Teilnehmer am Feldzug verliehen werden konnte. Die Stiftung einer Kriegsdenkmünze selbst erfolgte erstmals durch König Wilhelm I. am 1. Januar 1840, der sich dadurch die institutionalisierte Pflege der Erinnerung an die Napoleonischen Feldzüge versprach.¹⁸⁴ König Karl nahm nun unter Bezug auf die Stiftung Wilhelms dessen Stiftung wieder auf und stiftete 1867 auf dieser Grundlage eine Kriegsdenkmünze von 1866.¹⁸⁵

Die Schaffung einer solchen Erinnerungskultur war dem Entstehen des (württembergischen) Nationalbewusstseins geschuldet, das zum einen ein einheitliches, öffentliches Gedenken, das gleichsam eine kollektive Erinnerung an die württembergischen Feldzüge schaffen sollte¹⁸⁶, und zum anderen dem Bedürfnis nach Heraushebung der Ausgezeichneten aus der Masse anonymer Soldaten, um ihnen damit einen Vorbildcharakter zusprechen zu können. Der Soldat avancierte sozusagen vom „Kanonenfutter“ zum Beispielgeber. König Karl folgte dem Beispiel seines Vaters, das Tragen einer solchen Münze wertete den Träger gesellschaftlich auf und ermöglichte ihm u. a. den Eintritt in Kriegervereine.¹⁸⁷

Gerade diese Verbindung von militärischer Bewährung in Verbindung mit der Anreizwirkung, die davon ausging und der Verleihung durch das Kriegsministerium im Rahmen eines öffentlichen Festaktes, zu dem der jeweilige Oberamtmann die Urkunde und die Kriegsdenkmünze übergab, zeigt, dass der Staat ge-

183 Der Unterschied zwischen Orden und Ehrenzeichen ist, dass der Orden persönlich verliehen wird und die Anzahl der Verleihungen teilweise eingeschränkt ist. Ehrenzeichen können von jedem Berechtigten selbst erworben werden, im Fall des Feldzuges von 1866 musste das Ehrenzeichen beantragt werden. Eine Verweigerung des Ehrenzeichens war nicht möglich.

184 Daniel *Kirn*: „Krieg ist es nicht, was wir wollen“. Veteranen- und Kriegervereine in Württemberg im 19. Jahrhundert. In: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 2 (2007). S. 281–308, hier S. 284–286.

185 Die Münze besteht aus Bronze, weist einen Durchmesser von 30 mm auf und wiegt ca. 15g. Auf der Vorderseite findet sich der Frakturbuchstabe K für König Karl, umrandet durch Lorbeer. Die Rückseite zieren ein halbkreisförmig gebogener Schild, der oben dreifach geschweift ist und im Hintergrund zwei gekreuzte Schwerter. Die Inschrift lautet „für treuen Dienst in einem Feldzug“. Geschnitten von Gottlieb August Dietelbach, verliehen erstmals am 7.3.1867 anlässlich einer Parade zum Geburtstag des Königs. Vgl. zur württembergischen Kriegsdenkmünze Jörg *Nimmergut*: *Deutsche Orden und Ehrenzeichen bis 1945. Band 4: Württemberg II – Deutsches Reich*. München 2001, S. 1784.

186 Gleiches gilt z.B. auch für die württembergische Festkultur, die zur gleichen Zeit diese Funktion einnahm: Gerhard *Faix*: *Vaterländische Geschichte als öffentliches Ereignis in Württemberg*. In: *ZWL* 59 (2000). S. 119–139.

187 *Kirn* (wie Anm. 184), S. 289.

zielt „Erinnerungspolitik“ betrieb.¹⁸⁸ Denn die Medaille wurde offen am bürgerlichen Anzug getragen und von der Umwelt sofort erkannt, die Urkunde selbst wurde in der Wohnung des Teilnehmers aufgehängt und damit jedem Besucher verdeutlicht, „wen“ er hier vor sich hatte. Daher lautet der Text der Urkunde nicht zuletzt „zum ehrenden Beweise treu geleisteter Dienste für König und Vaterland in dem Feldzuge 1866“.¹⁸⁹

Erinnerung an die Toten

Der Schaffung einer kollektiven Identität und einer spezifischen Erinnerungskultur diente auch die Errichtung von Gefallenendenkmälern. Ein Beispiel hierfür bildet die Errichtung des Denkmals für die im Vorfeld der Schlacht bei Tauberbischofsheim in den Orten Hundheim und Werbach gefallenen badischen Soldaten. Zunächst ausgehend von der Armee selbst, sollte das Denkmal an die gefallenen badischen Soldaten (und nur an diese) erinnern. Zunächst als schlichtes Denkmal für die Armeeangehörigen gedacht – es sollte aus Spenden und Beiträgen der an den Kämpfen beteiligten Soldaten bezahlt werden – übernahm bald der badische Staat die Finanzierung und Aufstellung des Denkmals.¹⁹⁰ Allerdings sollten schließlich zwei Denkmäler errichtet werden, deren Gesamtkosten von rund 3800 Gulden die anfangs veranschlagten 500 Gulden, die der badische Staat zugesagt hatte, deutlich überstiegen. Dennoch übernahm der badische Staat die höheren Kosten und ließ die beiden Denkmäler in der von der eingesetzten Kommission beschlossenen Form herstellen und aufstellen.¹⁹¹ Als recht kompliziert erwies sich in diesem Zusammenhang die für die Erstellung der Gedenktafel erforderliche Feststellung der Gefallenen und in den Lazarett Verstorbene. Das Kriegsministerium forderte schließlich ein namentliches Verzeichnis der getöteten Soldaten an.¹⁹² Die ermittelten Personen wurden schließlich nach Rang und Truppenzugehörigkeit differenziert auf das Denkmal genommen, beide Denkmäler erhielten die gleiche Inschrift: *Das dankbare Vaterland den Tapferen, welche im Gefecht bei Hundheim/Werbach am 23./24. July 1866 den Tod auf dem Feld der Ehre fanden.*¹⁹³ Die offizielle Einweihung der Denkmäler fand am zweiten Jahrestag der Gefechte statt, ergänzt um eine Denkmalseinweihung für die gefallenen oldenburgischen Soldaten. Die Gedenkfeier wurde von der Armee veranstaltet und in Form eines Gedenkgottesdienstes, bei dem bezeichnenderweise die Geistlichen nicht predigten, abgehalten. Anwesend waren hier-

188 Eine solche Urkunde für N. Egner aus Weckrieden in StadtA Schwäbisch Hall S01/1389.

189 Jahreszahl handschriftlich eingetragen.

190 Vgl. zur komplexen Vorgeschichte Meinhold *Lurz*: „Das dankbare Vaterland den Tapfern“. Die Denkmäler für die 1866 in den Kämpfen bei Hundheim und Werbach gefallenen Angehörigen der badischen Armee. In: WFr 68 (1984), S. 153–178, hier S. 155–159.

191 Ebd., S. 159.

192 Ebd., S. 159.

193 Ebd., S. 163.



*Foto um 1910 des Denkmals bei Tauberbischofsheim
(Bild: HStAS, im Internet LEO-BW)*

bei die aktiven Soldaten der Regimenter sowie die örtlichen Kreisbeamten. Die Bevölkerung nahm gemäß Programm an den Feierlichkeiten nicht teil.¹⁹⁴ Die Beteiligung der beiden Gemeinden beschränkte sich auf die Stiftung eines Grundstücks bzw. die Verpflichtung zum Unterhalt des jeweiligen Denkmals.¹⁹⁵ Für die Erinnerungskultur lässt sich aus der Denkmalstiftung zweierlei ablesen: Erstens beschränkte sich die Erinnerungskultur auf die aktiven Soldaten, das Denkmal wurde von der Armee initiiert, teilweise bezahlt und auch die Einweihung fand für das Militär statt. Die Bevölkerung blieb außen vor und tauchte bei den Feiern nicht auf. Der Staat übernahm zwar die Kosten, nutzte aber die Denkmalseinweihung nicht für die Darstellung der eigenen politischen Ansichten. Zudem diente die Denkmalstiftung dazu, die Toten zu ehren und nicht etwa die militärische Schlacht zu überhöhen. Dafür spricht, dass die Inschrift vom badi-

194 Zur Feier vgl. ebd., S. 166–169.

195 Ebd., S. 165 f.

schen Ministerium vom *Heldentod* zum *Tod auf dem Feld der Ehre* umgeschrieben wurde und der Tod des Soldaten damit in den Vordergrund rückte, während der aus der preußischen Denkmalskultur stammende „Heldentod“ unterdrückt wurde.¹⁹⁶ Von Seiten des Regiments war an ein Sepulkraldenkmal zur Erinnerung an die Gefallenen gedacht worden, das auf den beiden örtlichen Friedhöfen hätte errichtet werden sollen bzw. können,¹⁹⁷ und weniger an die Errichtung eines „Ehrenmales“ nach preußischem Vorbild an der Stätte des Gefechts.

Dem gleichen Schema folgte auch die Errichtung des Denkmals für die württembergischen Soldaten, das bereits ein Jahr zuvor in Tauberbischofsheim errichtet worden war. Bei dieser Denkmaleinweihung beteiligte sich die Stadtbevölkerung allerdings rege, der örtliche Turnverein und der Gesangsverein rahmten die Gedenkveranstaltung, zu der man in der Stadt Glockengeläut und Trauermärsche hörte. Zur Einweihung versammelte sich eine große Menge, die dem Gesandten der Regierung zuhörten. In der Rede wurde wie auch in Baden die Leistung der gefallenen Soldaten betont, Bezüge zur politischen Lage aber wurden vermieden.¹⁹⁸ Insgesamt betonte die Stiftung des Denkmals für die württembergischen Soldaten die stärkere Beziehung zwischen Zivilbevölkerung und aktiven Soldaten.

Insgesamt nutzten aber weder die Armee noch der Staat die Errichtung der Denkmäler für eine eigene politische Erinnerungskultur, in der etwa Politik und Krieg von 1866 gerechtfertigt oder überhaupt das Staatsverständnis demonstriert worden wäre. Vielmehr folgte die süddeutsche Erinnerungskultur nach dem Krieg von 1866 althergebrachten Mustern des militärischen Totengedenkens. Auch im gewählten Kunststil zeigte sich das Festhalten am Bewährten, denn die verwendeten neugotischen Elemente setzten sich vom üblichen klassizistischen Stil der preußischen Grabdenkmale ab.¹⁹⁹ Ebenso für diese Interpretation spricht, dass diese Form der Erinnerung an die gefallenen Soldaten auch von privater Seite praktiziert wurde. So errichteten die Mergentheimer den im dortigen Lazarett gestorbenen Soldaten ein eigenes Denkmal auf dem Mergentheimer Friedhof, das allen gefallenen Soldaten – preußischer, westfälischer und württembergischer Herkunft – gewidmet wurde.²⁰⁰ Die Gedenkkultur vor Ort zeichnet sich also durch eine starke Traditionsorientierung aus, die vor allem die gefallenen Soldaten in den Mittelpunkt rückte. Eine übergeordnete, staatlich instrumentalisierte Gedenkkultur lässt sich für den Krieg 1866 in Württemberg und Baden dagegen nicht feststellen.

196 Ebd., S. 169.

197 Ebd., S. 170/171.

198 Zöllner (wie Anm. 50), S. 125–130.

199 Lurz (wie Anm. 190), S. 171.

200 Behr (wie Anm. 30), S. 77.

Politisches Erinnern und Deuten des Krieges von 1866

Nach der Reichseinigung stand auch für die württembergischen Zeitgenossen fest, dass der Krieg von 1866 nur eine Etappe auf dem Weg zur Reichsgründung und zu einem national geeinten Deutschland gewesen war. Allerdings verklärte der Rückblick auf die Ereignisse fünf Jahre zuvor bereits die Tatsachen, denn innerhalb dieser kurzen Zeit tat sich politisch Revolutionäres. Innerhalb weniger Jahre wandelte sich die Stimmung in der Bevölkerung nachhaltig, die überwiegende Zustimmung zur großdeutschen Lösung, notfalls durch ein Zusammengehen Württembergs mit Österreich, wandelte sich in eine Mehrheit zugunsten der kleindeutschen Lösung. An dieser Entwicklung hatte der Deutsch-Französische Krieg weit weniger Anteil als dies zumeist angenommen wurde, wie die Forschungen von Paul Sauer gezeigt haben.²⁰¹ Vielmehr dürften die wiederholt gescheiterten Bemühungen um die Gründung des Süddeutschen Bundes und die Diskussionen um die Heeresreformen²⁰² dazu geführt haben, dass Politik und Gesellschaft erkannten, dass die ursprünglich favorisierte „großdeutsche Lösung“ keine realistische Zukunft hatte. Gerade mit dem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung²⁰³ nach 1868 wandelte sich auch die Deutung des Krieges von 1866, von einem üblichen vormodernen Krieg hin zur politischen Bewertung. Ein eindrücklicher Beweis dafür ist die Schwäbisch Haller Schützenscheibe von 1867, die einen gefangenen preußischen Soldaten zeigt, der am Galgen baumelt. Solche Darstellungen sind eindeutig politisch motiviert und berichten über die sich rasch verändernde politische Stimmung nach dem Krieg von 1866. Ausdruck eines „Preußenhasses“ ist die Schützenscheibe freilich nicht, wie die Quellen aus dem Sommer 1866 belegen. Vielmehr trennten die Handelnden sehr genau ihre politische Meinung vom Auftreten gegenüber „feindlichen“ Soldaten und der eigenen württembergischen Gesellschaft. Die partikularen Interessen, Meinungen und Vorstellungen befanden sich vor, während und nach dem Krieg 1866 in ständiger Veränderung und stellen eben keine Besonderheit, sondern die Regel in der entstehenden modernen württembergischen Gesellschaft dar.

Fazit

Der Krieg von 1866 stellt ein viel größeres Ereignis als eine bloße Etappe auf dem Weg zur Gründung des deutschen Nationalstaates dar. Durch die Analyse seines Verlaufes, seiner Struktur und seiner Merkmale wird die Bedeutung des Gefechts von Tauberbischofsheim aus der regionalen Perspektive gerückt und in den größeren Zusammenhang einer Alltags-, Sozial- und Kulturgeschichte Würt-

201 Wolf D. Gruner: Bayern, Preußen und die süddeutschen Staaten 1866–1870. In: ZBLG 37 (1974), S. 799–827, hier 809.

202 Vgl. Sauer (wie Anm. 11), S. 163–174.

203 Moersch (wie Anm. 38), S. 34.

tembergs gerückt. Dass die württembergische Politik und Gesellschaft im positiven Sinne „vormodern“ blieb, beispielsweise in der militärischen Organisation oder der Betonung des Rechts, lässt sich im Krieg von 1866 noch einmal konstatieren und zugleich wird das Ausmaß der Reform sichtbar, das dann bis zur Nationalstaatsgründung und dem Eintritt in das neue Deutsche Reich geleistet werden musste. Daher kommt diesem Gefecht und diesem Krieg ohne Zweifel ein größerer Stellenwert in der Erinnerung zu als derjenige eines kleinen Gefechts im nördlichen Württemberg.